

Zeitschrift: Das Konzept : die Monatszeitung
Herausgeber: Verband der Schweizerischen Studentenschaften VSS
Band: 6 (1977)
Heft: 7-8

Heft

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 30.06.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

das Konzept

Erscheint monatlich an allen Hochschulen, Techniken, Seminarien und andern höheren Schulen der Deutschschweiz: Auflage 32 000

Redaktion: Ruedi Küng, B. D. Niebuhr, Rolf Nef, Beat Schweingruber
Inserate: Mosse-Annoncen AG, Limmat- quai 94, 8023 Zürich, Tel. (01) 47 34 00
Adresse: Rämistrasse 66, CH-8001 Zürich, Tel. (01) 47 75 30
Abonnemente: pro Jahr Fr. 16.- (Aust. 20.-) Schüler und Lehrlinge Ermässigung

Schweigen für die Heimat
N. Meienberg
zum Fall Jeanmaire Seite 2

Die Angst der Bänker
Interne Richtlinien einer
Grossbank zum Schutz gegen
Terroranschläge Seite 2

Der Sozialismus kann nicht
aufgepöppt werden
«konzept»-Gespräch mit PdA-
Präsident Jean Vincent Seite 3

Lehrstück im Schatten des
Kühlturms
Der Fall Gösigen Seite 5

Sozialwerk oder
Renten-Geschäft?
Die umstrittene 2. Säule
(2. Teil) Seite 7

Abhängige Illusionsfabriken
Medien in der dritten Welt Seite 9

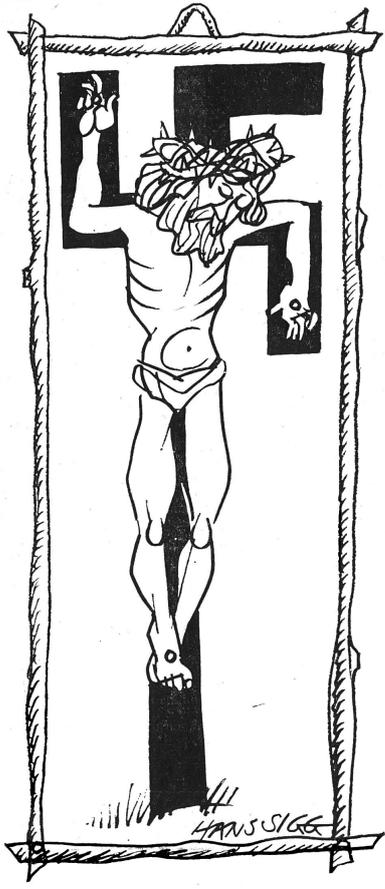
Der braune Heilige Geist der Rechtgläubigen

Dass Erzbischof M. Lefebvre die katholische Kirche spaltet, ist ein Problem, welches die Katholiken interessieren muss. Aber der Boden, auf dem sein Denken wächst ist zu gefährlich, als dass man darüber hinwegsehen könnte. Nach Lefebvre ist «das Recht auf Religionsfreiheit gotteslästerlich», die heutigen Formen der Kirche sind «Bastardriten» und entstammen der «hebreischerischen Vereinigung der Kirche mit der Revolution».

Wer derart rechts steht, sieht im Liberalismus die Revolution – so bewundert Lefebvre denn auch faschistische Staaten, er bewundert Franco und Salazar. «Die Kirche hat eine bestimmte Vorstellung von einer idealen Regierung: Ordnung und Disziplin. Und wenn sich so eine Regierung in einem Land wie Argentinien bildet, kann man doch hoffen, dass es Frieden, Ruhe und Fortschritt geben wird.» Das gelte auch für Chile, meinte er und forderte einen «Kreuzzug gegen den Kommunismus».

Das Geld fließt dieser christlich untermauerten «Rechtspartei» von einschlägigen Organisationen zu, Verbindungen bestehen neben Lateinamerika auch mit der Schweiz («Una voce helvetica»). Gründungsmitglied James Schwarzenbach; «Sammlung gläubig-benestruer Katholiken», in Frankreich zur rechtsextremen «action française», in Italien zur faschistischen Gruppe «Democrazia Nazionale».

Sie sind zum Teil nicht zimperlich, die Frömmen des Erzbischofs: In Paris beispielsweise stürmten in graue Militärmäntel gehüllte junge Männer unter Führung eines Ecône-seminaristen die Kirche St. Merry und zerstörten Kirchenschmuck.



Die aufgedrängte Sterilisation

Frauen, die unter den heutigen Umständen eine Schwangerschaft unterbrechen wollen, müssen meist allerhand auf sich nehmen an Widerwärtigkeiten und Demütigungen. Eine der empfindlichsten davon – wie alle ändern durch Männer ausgedacht und praktiziert – ist der tatsächliche oder vermeintliche Druck, mit der Abtreibung gleich auch eine Sterilisation akzeptieren

zu müssen. Aufgrund eines Falles im Film «Lieber Herr Doktor» sind ANNETTE FREI und BEAT SCHWEINGRUBER dieser Problematik nachgegangen. – Es handelt sich bei diesem Bericht um den erstmaligen Versuch einer Art Ko-Produktion zwischen dem «Konzept» und der «Leserzeitung». In der nächsten Ausgabe werden einige weitere Aspekte beleuchtet.

Wenn einer ohne Sicherheitsbindung skifährt und dabei das Bein bricht, erwartet kein Mensch von ihm, dass er sich den Fuss abnehmen lässt, nur damit er ja nie mehr beim Skifahren ein Bein brechen kann. Wenn aber eine Frau mit einer unerwünschten Schwangerschaft in eine Klinik kommt, kann es ihr sehr wohl passieren, dass sie sich ihre Abtreibung mit einer Sterilisation erkaufen muss.

gehen – in dieser Reihenfolge – auseinander, aber im Ganzen ergibt sich doch ein recht eindeutiges und erschreckendes Bild.

«... nur noch eine definitive Lösung»

Ein Medizinstudent, der 1975 auf der Frauenklinik im Praktikum war, erklärt: «In den Fortbildungskursen für uns Unterassistenten wurde uns das quasi als «Hausregel» beigebracht: Wenn eine Frau zum 2. oder 3. Mal zur Abtreibung kommt und schon Kinder hat, dann wird die Sterilisation zur Bedingung gemacht.» Es sei allerdings auch schon beim ersten Mal vorgekommen.

Ein anderer Student, der im selben Jahr sein Praktikum gemacht hat, ist sicher, dass in dieser Zeit mindestens eine Frau ihre Abtreibung nur mit gleichzeitiger Unterbindung erhielt. Sie sei etwa 25 gewesen, ledig, ohne Kinder, aber es sei die 2. Abtreibung gewesen. «Beim Kaffee haben die Ärzte gesagt, bei der machen wir nur noch eine definitive Lösung; wir wollen nicht, dass die noch ein drittes Mal kommt.»

Ein Arzt an der Frauenklinik erinnert sich an eine 43jährige Frau mit zwei grösseren Kindern. «Da hiess es am Rapport: «Die interrompieren wir nur, wenn sie sich sterilisieren lässt.» Es gibt gewisse Regeln, so von zwei Kindern an aufwärts und über 30, aber die Regeln sind nicht so starr. Es kommt immer auf den Abteilungsarzt an. Doch letztlich entscheidet der Chefarzt über jeden Schwangerschaftsabbruch, mit seiner formellen Unterschrift zumindest.»

Der Chefarzt: «Niemand gegen den Willen»

Chefarzt der Frauenklinik ist Prof. Werner Schreiner, wohnhaft in Zollikon. Er hält fest: «Aus der Jahrzehntelangen Erfahrung mit der Problematik der Eileiter-Unterbindung haben sich an der Zürcher Frauenklinik «Hausregeln» herauskristallisiert, die als Richtlinien bei der Beratung dienen. Dabei gilt als oberster Grundsatz, dass die Unterbindung niemals gegen den Willen der betroffenen Frau, auch nicht gegen den

Willen einer geisteskranken oder bevor-mundeten Patientin durchgeführt werden darf. Eine zwangsweise Unterbindung in irgendeiner Form wird strikte abgelehnt.»

Niemals gegen den Willen der Frau. «Damit hat der Herr Professor sicher recht, wenigstens formal. Denn jede der sterilisierten Frauen hat ihre Unterschrift dazu gegeben. Eigenhändig. Aber auch eigenwillig? Aus eigenem Antrieb, oder unter Druck?»

Der Oberarzt: «Manchmal drängt sich eine Sterilisation auf»

«Früher hatten wir schon auch konservativere Leute, Assistenzärzte, die vielleicht Druck ausgeübt haben. Heute kommt das kaum noch vor.» Das sagt ein Oberarzt, Paul Morf. «Aber sehen Sie, in gewissen Fällen ist eine Sterilisation eben begründet.»

Wir haben Frauen, die kommen alle zwei, drei Jahre und wollen eine Abtreibung. Der Wille zur Antikonzepktion, zur Empfängnisverhütung, ist wahnsinnig klein. Da gibt es Frauen, denen müssen wir die Pille beinahe nachver-fen. Oder nehmen wir eine Frau mit 35, die zwei, drei Kinder hat, nun ist sie wieder schwanger. Wenn die jetzt eine Abtreibung und nicht auch gleichzeitig einen Sterilisationswunsch hat, dann ist ein Argumente für die Abtreibung dahin. Wenn die Verhältnisse so sind, dass sie jetzt kein weiteres Kind brauchen kann, dann kann sie doch auch in fünf Jahren keines brauchen. Sonst ist sie ungläubig-würdig. Wir müssen uns an die Gesetze halten, die lassen in Gottes Namen nur die medizinische und psychische Indikation zu. Nur weil eine das Studium nicht unterbrechen will, oder noch eine Welt-reise machen, das gilt nicht. Und ökonomisch ist heutzutage ja wirklich niemand so schlecht dran, dass ein zusätzliches Kind nicht zu verkraften wäre.»

Gibt es Richtlinien dafür, wann ein «Ster» angebracht erscheint oder nicht? «Nein, Richtlinien gibt es nicht. Da muss man jeden einzelnen Fall anschauen. Und in gewissen Fällen drängt sich ein Ster halt einfach auf, dann muss man das den Frauen klarmachen. Wenn nun ein Assistenzarzt etwas hart auftritt, kann es schon vorkommen, dass die Frau sich dazu genötigt vorkommt. Sie steht ja schon unter dem Druck, dass sie ihren Foet loswerden muss.»

Die Frauen werden überrumpelt

Man merkt dem Oberarzt eine gewisse Abgebrühtheit an, seine Sprache ist unzimperlich. Er sagt etwa: «Wenn eine mit 27 zum dritten oder vierten Mal kommt, dann drückt man sie schon darauf, dass wir diese Tube einmal durchtrennen.» Mit «dieser Tube» meint er den Eileiter. Von den Patientinnen der Frauenklinik spricht er mit der Überheblichkeit der arrivierten Ärzte über eine Volksschicht weit unter ihm. Wie ein Fabrikdirektor über die miese Belegschaft. Mit den Fällen, in denen sich eine sogenannte «Tubentrennung» aufdrängt, meint er auch Fremd-arbeiterinnen mit vier und fünf Kindern.

Es werde tatsächlich eine Art sanfter Zwang auf die Frauen ausgeübt, meint auch einer der Praktikanten. Dazu wir-den die Frauen schlecht informiert. «Die Frauen haben Schiss, Angst vor ihrer Schwangerschaft, Angst vor dem Arztkittel. Es sind vor allem Unter-schiedsfrauen. Der Arzt sagt ihnen, dass sie dann auch noch gleich sterilisiert werden, und die Frauen willigen häufig ein, ohne sich über die Folgen dieses Schrittes wirklich im klaren zu sein. Das läuft vor allem bei älteren Italienerinnen

so. Die Frauen sind bedrückt, verzweifelt oft, wenn sie da hinaus kommen, unfähig, das Problem zu erkennen und sich ein positives Gutachten heraus-zupöppeln. Ihre grösste Sorge ist, wie werde ich das Kind los.»

Oder der Assistenzarzt: «Ein gewisser Druck wird etwa ausgeübt, indem man der Frau, ehe sie zum Psychiater geht, sagt, dass sie dort mehr Chancen für ein positives Gutachten hat, wenn sie in einen Ster einwilligt.»

Im Klartext: Mit dem ausgestreckten Sterilisationswunsch kann sich die Frau leichter ein positives Gutachten erbet-teln?

Der Psychiater: Kein offener Zwang mehr, aber versteckter»

«Ich glaube das nicht direkt», sagt Ralf Binswanger, Oberarzt an der Psychiatrischen Poliklinik, welche die Gutachten für die Frauenklinik erstellt. «Aber ich kann mir gut vorstellen, dass das gesagt wird. Zwangssituationen wie die von Franziska Bucher im Film waren bis vor einigen Jahren mitunter üblich. Das ist ganz klare Erpressung! In den letzten 2-3 Jahren ist das aber meines Wissens nicht mehr vorgekommen. Heute wird kein ausdrücklicher Zwang mehr angewendet. Das heisst aber nicht, dass damit auch der versteckte Zwang verschwunden ist.»

Dass es Zwangssituationen gibt oder gegeben hat, wird von Chefarzt Schreiner kategorisch bestritten. «Wir wenden keinen Zwang an. Es ist auch noch nie eine Patientin unverrichtete Dinge nach Hause geschickt worden, nur weil sie eine Unterbindung abgelehnt hat.» Ob es denn nicht vorkommen könne, dass eine Frau vor die klare Alternative gestellt werde, entweder oder? «Nein, da werden Sie mir keinen einzigen Fall nennen können.»

Wohlverwahrte Krankengeschichte

Wer den Fall genau ansehen will, muss sich zu Schreiner persönlich bemühen. Er hat nämlich die Krankenge-schichte Franziska Buchers aus dem all-gemein zugänglichen Schrank heraus auf sein Büro genommen. «Sie ist nicht unter Verschluss, sie ist einfach bei mir. Jedermann, der unter der ärztlichen Schweigepflicht steht, kann sie bei mir ansehen.» Davor braucht der Chefarzt

allerdings keine grosse Angst zu haben. Niemand will zeigen, dass er sich zu stark dafür interessiert. Denn als der Fall durch eine winzige Pressemotz kurz nach der Filmpremiere bekannt wurde, war in der Chefetage der Teufel los.

Schreiner will nie direkt mit Franziska zu tun gehabt haben, nie mit ihr gesprochen haben. Immerhin trug er damals schon die Verantwortung für die Klinik. «Es ist bedauerlich und schwer verständlich, dass die erwähnte Patientin in den Jahren, die seit dem an-geschuldigten Eingriff verstrichen sind, nie den Weg zum notwendigen Gespräch mit einem Arzt gesucht hat.» Ja, ist es tatsächlich so unverständlich für einen Chefarzt, dass die Arbeiterin Franziska, die kaum genug Zeit für ihr Kind aufbringen kann, die Sache dann halt ruhen lässt? Für sie kann sich ja doch nichts mehr ändern. Oder hätte sie viel-leicht gegen den Chefarzt einen Prozess angestrengt sollen? Einkommensklasse 150 000 bis 200 000?

Hauspolitik in Winterthur

Nach dem Psychiater Binswanger wäre es aber falsch, in der Frage der aufgenötigten Sterilisationen auf die Frauenklinik Zürich loszugehen. Dort sei die Praxis relativ locker. «Aber von andern Spitalern, auch im Kanton Zürich, weiss man, dass das heute noch

Fortsetzung auf Seite 8

Keinen heissen August ...

... aber einen heissen September, das garantiert «das Konzept». Im August er-scheint kein «Konzept». Um so heisser arbeitet die Redaktion aber an der Septembernummer, damit es Ihnen im heissen Abstinenz-September kalt den Rücken hinterlässt. Ein brisantes und fundiertes September-Konzept erwartet Sie! Wenn Sie den untenstehenden Talon ein-senden an «das Konzept», Rämistrasse 66, 8001 Zürich, erhalten Sie «das Konzept» im September prompt und unwiderruflich zum Preis von 150 Rappen frei Haus zugestellt.

Ich bestelle ... Ex. des September-Konzepts und lege 1.50 Fr. in Briefmarken bei.

Name _____ Vorname _____
Strasse _____
PLZ, Ort _____



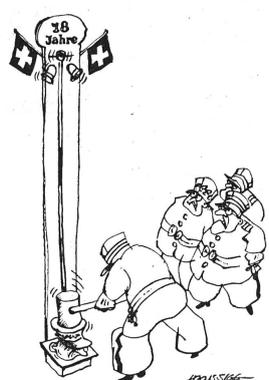
» ZU SPÄT, JUNGE FRAU. ICH HABE SIE WÄHREND DER NARKOSE GEFRAGT, OB SIE KEINE STERILISATION WÜNSCHEN...«

Prozess Jeanmaire:

Schweigen für die Heimat

Ein gewaltiger Anblick im Lausanner Justizpalast...

handlungen, nur Anklageverkündung und Urteilsdispositiv waren öffentlich...



Aus einem patriotischen Prozess: 'Höher, noch höher!'

verlaubt, dass die Urteilsverkündung drei Tage später am Abend stattfinden werde...

Der Prozess wurde ausserordentlich korrekt geführt, danke, das hat auch die Verteidigung anerkannt...

Gegen das Urteil ist kein Rekurs möglich, wozu käme es noch an... Dank den brillanten Anstrengungen der Verteidigung ist es ihm zusätzlich gelungen...

Verlassen des Gerichtsgebäudes in seinem Militärkopf entschieden hatte, wieviel Einzelheiten er an der Pressekonferenz erzählen und wie viele er verweigern sollte...

Die Geheimhaltung bietet noch weitere Vorteile. In einem öffentlichen Prozess wird ja auch immer ein Teil der Polizeiakte bekannt...

Dezember am Schweizer Radio gemacht hatte, bezüglich Schweiz und Naio, wurden mit einer Aufsichtsbeschränkung des Hofer-Klubs belohnt...

Und noch etwas wäre vielleicht ins Licht gekommen in einem offener Prozess: das Brigadier nicht so fürchterlich schlimm waren, weil das meiste auch sonst zur Kenntnis der Russen (und auch der Amerikaner usw.) gekommen wäre...



Auch Europa hat sein erstes Atomdenkmal. In Schottland musste das 1959 in Betrieb genommene Atomkraftwerk Ende März '77 für immer stillgelegt werden...

Die Genfer Gewerkschaftsunion hat eine Petition mit 5000 Unterschriften eingereicht. In der sie einen besseren Schutz der schwangeren Berufstätigen fordert...

«Die Aufseher rissen mir die Kleider vom Leibe, zogen und schützten daran herum, zerschrieten meine Schuhe und tadelten, was sie suchten...»

Wer hat da Schiss?

Die Schweizerische Bankiervereinigung gibt für einschlägige Kreise der Wirtschaftswelt ein Merkblatt heraus, welches zur Erhöhung des Eigenschutzes vor Attentaten und Entführungen dienen soll...

«Wachsamkeit» ist das A und O der Sicherheit. Schlafende Persönlichkeiten sind leicht zu verführen. «Die elementarste Sicherheitsmassnahme besteht demnach in erhöhter Wachsamkeit...»

Wagen (samt Familie) daselbst zu Grunde gegangen sein, rufen Sie ein Taxi, aber Achtung: «Benützen Sie nach Möglichkeit keine Taxis, die nicht an gekennzeichneten Standplätzen warten...»



gen, und wir denken nicht nur an FBI oder CIA; auch Argentinien, Brasilien, Chile, um nur wenige zu nennen, haben gute solche.

«Besonders» «Halten Sie offene Fenster unter Kontrolle.» Wenn nötig, stellen Sie den Fernsehapparat ins Fenster. «Lässt sich ein Öffnen der Türe nicht vermeiden, so tun Sie dies nur bei eingeschlossener Türe...»

das konzept Tip

In dieser Spalte stellt die Redaktion lesenswerte Publikationen ausserhalb der kommerziellen Produktion vor.

Dokumente der Weltrevolution

Von 1966 bis 1976 nahmen einige Schweizer ein schrittweises Projekt in Angriff: in der politischen Diskussion um Sozialismus und Kommunismus mit wesentlichen Texten Grundlage zu bieten...

dahinter eine kritische Haltung zum sogenannten «orthodoxen Marxismus» verbirgt, auch zeugen die Geldgeber und das Patronat - worunter Namen wie P. Eisenring (Nationalrat, FDP), A. W. Jann (Verwaltungsratspräsident Nestlé) sicher nicht für sozialismusfreundliche Gesinnung...

Das Unternehmen hat 400 000 Fr. gekostet, der Erfolg allerdings blieb für den Walter-Verlag, welcher die Editionsrechte und Verkaufsrechte übernahm, aus. Einmal befand der Nationalfonds das Unternehmen für nicht wissenschaftlich, doch dürfte die andere Hälfte den Titel der Reihe zurückzuführen sein...

das konzept

Redaktion und Administration: Rämistrasse 66, CH-8001 Zürich, Schweiz. Telefon 0 (01) 47 75 30. Postcheckkonto: 80-37626. Redaktion: Ruedi King, Rolf Nef, Bernd Dietz, Niebühr, Beat Schwegli...

SSS STUDENTEN SCHREIB-SERVICE

DISSERTATIONEN/LIZENTIATS- UND SEMESTERARBEITEN

- Reinschriften vorschriftsgemäss und druckfertig ab Manuskript
- Reinschriften auf IBM-Kugelkopf-Maschinen mit Film- und Korrekturband, 20 verschiedene Schriften inkl. Zeichen und Symbole
- Dissertationsdruck im Offsetverfahren inkl. Binden
- Photokopieren mit dem XEROX-4500-Kopierer (Sortieren und IBICO-Bindungen)
- GÜNSTIGSTE PREISE**
(z. B. Drucken und Binden von 200 Exemplaren à 100 Seiten nur 780 Fr.)
- KÜRZESTE LIEFERFRISTEN!**
- ERSTKLASSIGE QUALITÄT!**
- INDIVIDUELLE UND UNVERBINDLICHE BERATUNG!**

SONNEGGSTR. 26 • 8006 ZÜRICH • ☎ 01 / 32 00 88

DISSERTATIONEN	bei DM	
	Expl.	pro Seite
druckt exzellent	70	3.30
von DIN A4-Vorlage, auf DIN A5-Format	100	3.45
BÖNECKE	150	3.65
Lieferung erfolgt jeden Dienstag und Freitag.	200	3.85
3392 Clausthal-Zellerfeld	300	4.25
Fach 29 Ruf 05323/3525	Frachtabbilligung Raster billigst!	

Bringen Sie Ihre wissenschaftlichen Arbeiten dem erfahrenen Spezialisten: Juris Druck+Verlag AG, Basteiplatz 5, 8001 Zürich
Telefon 01/27 77 27

Unterstützen Sie uns! Auf Anfrage schicken wir gerne Zeilungspläne über Werbemöglichkeiten (Tel. 01/47 75 30).

Sie suchen in Zürich möbl. Zimmer oder möbl. Wohnung? Rufen Sie uns an, wir können Ihnen bestimmt verschiedene interessante Angebote unterbreiten. Keine Gebühren!

devo Verwaltungs AG, 8039 Tössstr. 48, Tel. 202 73 11

Semesterarbeiten Dissertationen
tippe ich rasch, zuverlässig und preisgünstig.
R. Hager, Waldstrasse 14
8046 Zürich
Tel. (01) 57 66 50

Bei uns erhalten Sie erotische Filme und Magazine (auch homophile) besonders günstig. Schreiben Sie mit Altersangabe an den Plaisir-Versand, Postfach 1131, D-7886 Murg.

KULTUR MAGAZIN 3/4

Die Doppelnummer 3/4 bringt u.a.

Günter Netzer: Ein Interview, dazu Exklusivbeiträge von O.F. Walter, W.M. Diggelmann, P. Hürzeler, F. Hürzel, D. Meier, H.-P. Wyss, M. Comensoli

Horror mal anders: Kleine politische Ökonomie des Gruselns.

und viele weitere Beiträge auf 60 Seiten und Talon

0 Ich bestelle KULTURMAGAZIN Nr 3/4 à Fr. 6.-
0 Ich abonniere KULTURMAGAZIN ab Nr. 3/4 bis Ende 77 à Fr. 14.-
0 Ich abonniere KULTURMAGAZIN rückwirkend ab Nr. 1 bis Ende 77 à Fr. 20.-

Name.....
Adresse.....
PLZ/Ort.....
Einsenden an: KULTURMAGAZIN
Postfach 3188, 3000 Bern 7

Jän./	LINKE (Borneman, Mandel, Nenning)	1977 NEUES FORUM
Feb.:	ITALIEN (Dvorak, Geyrhofer, Müller)	
März:	KRISE (Mandel, Vigier, Ipsen, focus) BLATTLINIENDISKUSSION (Redaktion)	
April:	RÜSTUNG (Kennan, Rothschild)	
Mai:	ATOMKRAFT (Jungk, Gofman, Lötsch u. a.)	
Juni/	RADIKALE (Nenning, Palme, Pataki, Roth)	
Juli:	FILM (Geyrhofer, Hopp, Pezold)	

An NF-Vertrieb A-1070 Wien Museumstraße 5 Tel. 93 33 53 / Diese Anzeige fand ich in: Ich bestelle das NF vom um 65 44 DM/sfr 6,50 ☐ ein Gratisprobeheft ☐ Jahresabo um 65 320 DM/sfr 48 (Studenten 65 240 DM/sfr 36 / Nachweis) NAME



Semesterarbeiten, Dissertationen, Doktorarbeiten

alles drucken wir zu äusserst günstigen Preisen ab reprofertigen Vorlagen

Vorlagenherstellung mit IBM-Kugelkopfschreibmaschine oder IBM-Composer

Preise auf Anfrage Lieferfristen: besonders schnell

rufen Sie an oder kommen Sie vorbei

CopyQuick Zweierstrasse 129, 8003 Zürich, Tel. 01/353 888 oder Schützengasse 4, Eingang Waisenhausstrasse, Tel. 01/276 636

Ihre DISSERTATION schreibt und druckt zu vernünftigen Preisen



Gysin
Ruedi Gysin AG Haus der Reprografie
Im eisernen Zeh 31, 8057 Zürich, Telefon 01/60 16 66
Fachs. 8050 Zürich-Quellen:
Hugostrasse 2 / Ecke Schwamendingenstrasse, Telefon 01/46 22 33



GAULOISES

billig reise

BADEFERIEEN IN APULIEN

Tremiti-Inseln Fr. 340.-
2 Wochen Campingferien
Inbegriffen: Hin- und Rückreise mit dem Car, Unterkunft während 14 Tagen in bereitgestellten 2er-Zelten mit Schaumstoffmatratzen.

Baden in Rodi 440.- - 485.-
2 Wochen
Inbegriffen: Hin- und Rückreise mit dem Car, 14 Uebernachtungen mit Frühstück (Doppelzimmer) in sympathischer Pension.

Feriendorf 'Gattarella' 495.- - 775.-
2 Wochen
Inbegriffen: Hin- und Rückreise mit dem Car, 14 Uebernachtungen.

ABFAHRTSDATEN FÜR ALLE PROGRAMME AB ZÜRICH:
08.07. / 22.07. / 05.08. / 19.08. / 02.09.

für jedermann

SSR SCHWEIZERISCHER STUDENTENREISEDIENST
Basel, Bern, Chur, Luzern, St. Gallen, Zürich
Telefonverkauf: 01. 47 30 00

Interdisziplinäres Nachdiplomstudium über Probleme der Entwicklungsländer.

Eidgenössische Technische Hochschule Zürich
Ganztägiges Ausbildungsprogramm für Hochschulabsolventen vom 13. Februar 1978 bis 31. März 1979

Studium der technischen, ökonomischen und gesellschaftlichen Probleme der Entwicklungsländer. Einbezogen sind u. a. Ökonomie, Geschichte, Kulturtechnik, Agrarwirtschaft, Entwicklungsplanung, Projekt-evaluation, Bildungspolitik, Systemwissenschaft, Ökologie, Urbanisation.

Sprachkurse für das Praktikum.
Praktikum von 3 Monaten in einem Entwicklungsland im Anschluss an das Sommersemester.
Stipendien: Kantonale Studienbeiträge und Stipendien durch den Kurs sind möglich. Reisekosten trägt der Kurs.
Information und Anmeldung: Interdisziplinäres Nachdiplomkurs über Probleme der Entwicklungsländer, Weinbergstr. 98/100, 8006 Zürich, Telefon (01) 60 34 14.

ETH ZÜRICH
Anmeldeschluss: 30. September 1977

COPY-CORNER

FOTOKOPIEN UND DRUCKSERVICE
Seilergraben 41, 8001 Zürich
Tel. 01/32 49 34, PC 80-27780

FOTOKOPIEN AUF NORMALPAPIER (xerographisches Verfahren)

		20 Rappen/Stck.
mit LEGI		15 Rappen/Stck.
Schneldruck (ab einer Vorlage)		
	1seitig	2seitig
30 Ex.	4.50	9.-
50 Ex.	5.50	10.50
100 Ex.	7.50	14.50
200 Ex.	15.-	28.-
300 Ex.	21.-	38.-
350 Ex.	23.-	42.-
400 Ex.	25.50	44.50
500 Ex.	28.-	52.-
1000 Ex.	40.-	73.-

ÖFFNUNGSZEITEN MO-FR 08.30-18.30 SA 10.00-13.00
Ibico-Spiralbindung pro Buch 2.50-4.50



Staatskunde in Gösgen

A
Wir haben gelernt:
Der Staat schützt dein Eigentum.
Jeder hat die gleichen Rechte.
Deine Freiheit ist gesichert.
Wir leben in einer Demokratie.

In Gösgen
lehren sie uns
eine andere Geschichte
als in der Schule.

1
Wir haben gelernt:
Der Staat schützt dein Eigentum.
In Gösgen
schützt er
der Herren Millionenburg.
Unser Fahrzeug aber
steckt er
in ihrem Auftrag
in Brand.
Er verteidigt
Atom-Reaktor und Kühlturm
mit Waffengewalt.
Unser Leben aber,
das wichtigste,
was wir besitzen,
gibt er ihren Gammastrahlen preis.

2
Wir haben gelernt:
Jeder hat die gleichen Rechte.
In Gösgen
setzt die Atomlobby
ihre Interessen am radioaktiven Profit
mit Panzerwagen und Giftgas durch.
Uns Atomgegnern aber
rauben sie das Recht,
singend auf Zufahrtsstrassen

— die sie ihr eigen nennen,
weil sie uns vor langer Zeit
das ganze Land gestohlen—
zu hocken,
im Interesse künftigen Lebens.
Petitionen könnt ihr schreiben,
sagen sie, aber keine «Gewalt»!
Sollen sie doch Unterschriften
gegen die Besetzung sammeln!

3
Wir haben gelernt:
Deine Freiheit ist gesichert.
In Gösgen
nimmt die Freiheit
der Besitzenden kein Ende.
Die Freiheit der Besitzlosen
aber hat keinen Anfang.
Die besser bezahlen.



Nach dem zweiten Besetzungswochenende in Gösgen:

Der Widerstand verbreitet sich

6500 AKW-Gegner folgten am 2. Juli dem Aufruf des Schweizerischen Aktionskomitees gegen das AKW Gösgen (SAG) zu einer weiteren Besetzung der Zufahrtswege zum AKW Gösgen. Dies sind mehr als doppelt so viel als eine Woche zuvor — trotz der zu erwartenden harten Auseinandersetzungen. Auf der anderen Seite wurden aus der ganzen Schweiz knapp 1000 Polizisten zur Abschirmung des 1,8-Milliarden-Überschuss mobilisiert. 1000 Polizisten zur Niederschlagung der gewaltfreien Aktion; an diesem Wochenende nicht nur mit Tränengas und Wasserwerfern sondern auch mit *Gummigeschossen*. Wie lange dauert's noch, bis zur blindwütigen Verteidigung eines mehr als zweifelhaften «Rechts»-Zustandes und von

heute klar ein, dass sie im Bewilligungsverfahren gar nicht zum Zug gekommen oder ganz einfach überrollt worden sind. Dazu kommt das Bewusstsein der eigenen Ohnmacht. «Nicht die Gemeindeversammlung sondern der Gemeinderat hat die Bewilligung erteilt» erklärte ein Anwohner des später von der Polizei mit Tränengas eingeebneten Zufahrtswegs in Däniken. «Wir haben damals nicht gewusst, um was es eigentlich geht. Heute können wir nicht mehr dagegen ankämpfen, sonst verlieren wir unsere Job. Volle Unterstützung für eure Aktion» ratiionierte in Düliken ein 50jähriger Fassant. Die Tatsache, dass in Däniken ein zunehmend in zunehmendem Masse praktisch durch die Zurverfügungstellung von Land usw. die AKW-Gegner unterstützen, zeigt, dass heute auch die direkt Betroffenen stärker mobilisiert sind als je zuvor.

Pikanterweise leistet die Polizei durch ihren verhältnissmäßig brutalen Einsatz gegen Demonstranten und an der Besetzung Nichtbeteiligte — in Däniken z. B. wurden Demonstranten und Nichtbeteiligte mit Tränengas und Wasserwerfern beim Bahnhof über die Schienen getrieben währenddem ein Schnellzug die Station passierte — ihren eigenen Beitrag zu dieser Mobilisierung. Was ist das für ein «Rechts»-Zustand der gegen die unmittelbar Betroffenen so gewalttätig verteidigt werden muss? Wen wundert's da noch, dass die Polizei von Passanten wiederum mit Flaschen und Steinen bombardiert wurde?

Die Zufahrtswege sind wieder geräumt. In Düliken wird auf privatem Grund neben dem Zufahrtsweg ein Informationspavillon errichtet, von dem aus in den nächsten Tagen und Wochen die Bevölkerung weiter informiert werden soll. Das weitere Vorgehen wird in den Vollversammlungen dieser Woche entschieden. Klar ist, dass der Widerstand weitergeführt wird. Dagegen wird weder ein allfälliges Demonstrationsverbot noch der schon eingesetzte Versuch, die Bewegung über die polizeiliche Fahndung nach dem Ausschussmitglied Froidevaux zu kriminalisieren, viel ausrichten können. Denn es ist nicht — wie der «ermahnende» Polizeisprecher am

bestimmen die Umweltvergiftung der nächsten hundert Generationen. Polizisten und Werk tätige (im A-Werk Tätige) treten Leben und Freiheit ihrer eigenen Kinder mit Füßen. Aus Angst vor dem Verlust ihrer Arbeit. So gesichert ist ihre Freiheit.

4
Wir haben gelernt:
Wir leben in einer Demokratie.
In Gösgen
wird die Demokratie
eingeebnet und vergiftet.
Engagierte Demokraten flüchten
mit Zitronentüchern vom Gesicht
vor Hunden und Polizeigrenadiern.
Würden wir Machtlosen
zur Durchsetzung unserer Interessen
so bald schon
keine andere Möglichkeit mehr sehen
— als die Gewalt —
wie jene,
die so schon herrschen,
der Bürgerkrieg wäre längst alltäglich.

B
In Gösgen
haben sie uns gelehrt:
Der Staat schützt der Reichen
Eigentum.
Die Vielen haben keine,
die Wenigen alle Rechte.
Unsere Freiheit ist
in der Herren Hand.
In dieser Papierdemokratie
schreiben ein paar Wenige
die Geschichte.
Gehen wir nach Gösgen.
Da lernen wir sie,
dass wir Vielen
eine neue Geschichte
schreiben werden.

Jürgmeier

Naive Fragen?

Von einem Leser, der nach eigener Aussage «kein Linker» ist und in Sachen A-Werk «keine ganz sichere Meinung» hat, bekam die Redaktion einen Brief, in dem der Schreiber einige — wie er meint — «naive Fragen» stellt. Er bat uns zugleich darum, seinen vollen Namen nicht zu nennen. Warum, auch das wird in diesem Brief zum Polizeieinsatz um Gösgen am 25./26. Juni klar. Ein redaktioneller Kommentar dazu erübrigt sich.
Die Redaktion

«Ich weiss, dass sich diejenigen, die sich auf einer Strasse niederlassen und sie so blockieren, der Verkehrsbehinderung schuldig machen. Wenn ich etwa auf dem Tramgleis parkiere oder meinen Wagen mitten auf der Fahrbahn stehen lasse, werde ich gebüsst. Solche Vergehen passieren jeden Tag in der Schweiz. Zur Blockierung der Zufahrtswege zum A-Werk aber, wie bei Gösgen, gar nicht. Dennoch wurde mit überscharem, gesundheitsschädigendem Tränengas gebüsst. Zugegeben, es hätte schlimmer sein können. Man hat die Polizei schon brutaler gesehen, auch in der Schweiz. Aber trotzdem habe ich da Fragen:

Wenn ein Joch kann die Polizei öffentlichen Grund, Strassen, die mit öffentlichen Geldern gebaut worden sind, für die Öffentlichkeit sperren? Rund um das A-Werk Gösgen war das am Samstag der Fall: Erwa zwei Kilometer vor der Kernkraftwerkanlage wurde den Demonstranten ein weiteres verboten. Nach einem weiteren Kilometer war es dann soweit: Nicht wegen Verkehrsbehinderung, sondern jetzt wegen Betretens der Sperrzone wurde scharfes Tränengas geschossen und gespritzt, wurde geknüttelt und wurden Hunde eingesetzt. Schon heute also, bevor die Atomfabrik noch in Betrieb ist, bestimmt ein (solothurnischer) Regierungsrat ein grosses Gebiet zur Demonstrations-Sperrzone. Wie wird das erst werden, wenn das A-Werk seinen Betrieb aufgenommen hat? Wie gross wird dann die verbotene Zone zum Schutz der Anlage sein? Ist das A-Werk AG Elektrizität sein? Was gilt mehr: Bürgerrechte oder Industrie-Interessen?

Stimmt es wirklich, dass das Sacheigentum eines Privatunternehmens ein grösseres Rechtsgut ist als die Gesundheit von Bürgern, die ihre verbrieften Rechte nutzen? Polizisten schlagen auf Frauen mit Kindern ein, das Tränengas rief Verätzungen und Verbrennungen auf der Haut hervor. Dies scheint kein «Betriebsunfall» zu sein. Jedenfalls soll der solothurnische Regierungsverantwortliche Weiss zynisch gesagt haben: «Dieses Recht geht man ein, wenn man einen solchen Platz geht.» Ich frage mich, ob nicht auch die A-Werk-Bauer ein Risiko eingehen, wenn sie gegen grossen Widerstand in der Bevölkerung ein A-Werk errichten. Nur: Dieses Risiko nimmt ihnen der Staat ab. Mich erschreckt diese Parteilichkeit.

Mich erschreckt der seltsame Zufall, dass der Lautsprecherwagen der Demonstranten gerade dann in Brand geriet, als die Manifestanten ihn zurückgelassen hatten, die Journalisten von der Polizei vertrieben waren und die Polizisten das Fahrzeug erreicht hatten. Und dann frage ich, wieso die, die im Kampfanzug auszogen, das A-Werk-Eigentum zu schützen, sich recht viel Zeit liessen, als es galt, löschend das Eigentum der Demonstranten vor tatsächlichem Schaden zu bewahren.

Es erschreckt mich, wenn ich höre, dass die Polizei am Sonntag in Olten versucht hat, einen anderen Lautsprecherwagen der A-Werk-Gegner zu konfiszieren, wo doch jeder weiss, dass gerade die Lautsprecheranweisungen dazu dienen, die Ruhe und Disziplin der Demonstranten sicherzustellen. Ich habe immer ge-

meint, es gehe der Polizei um Ruhe und Ordnung. Sollte hier Unruhe geschaffen werden, damit die Securitas-Mann mit ihrem Mittel «ihre» Ordnung herstellen konnte?

Bedrückend ist, dass die interkantonale Polizeizentrale, die mit 300 Mann im Einsatz und weiteren 700 Mann im Reserveverhältnis die Lage dank Tränengas, Knütteln, Hunden beherrschte, einen Luzerner Securtas-Mann nicht hinderte, gleich zweimal hintereinander, die die Demonstranten hinauszufahren. Gilt die Unversehrtheit des Lebens von Demonstranten so wenig und das A-Werk und seine Wächter so viel?

Ich stelle mir ganz naive Fragen, nach all dem, was ich an Zeitungen, die in mir übrigen auch recht kritisch die nicht veränderten Steinwürfe von betrunkenen Rockern vermerken, erfahren habe. Ich selbst war erst am Sonntag mit Familie am Schauplatz des Geschehens. Wir haben die Reste der Schlacht gesehen, die ausgetretenen Securtas-Mann, die zirkulierenden Mannschaftswagen aus der Innenschweiz und anderen Kantonen, die Strassensperren, die Polizisten in Uniform oder Kampfanzug, wir haben die scharfen Hunde im Wäldchen haben hören. Wir kamen zu Fuss weiter als die Demonstranten am Samstag. Unser Eindruck in der gespannten Ruhe: wie Vorbereitungen und Übungen zu einem Bürgerkrieg.

Schliesslich, an der letzten Stachel-draht-Strassensperre vor dem Werk (rund 500 Meter Entfernung), wurden die Spaziergänger von einem freundlichen Kampfanzugsträger «photografiert». Einsprachen blieben erfolglos. Ist das Rechts? (Ich weiss: ich hätte mich über dieses unfreiwillige Familienphoto beschweren können, bei irgendeinem Verbraucher. Aber das hätte eine Akt — samt Photo — gekostet. Und das macht in diesem Polizeistilma [mir unfauls] Angst.) Ich ärgere mich über meine Feigheit, auch darüber, dass ich Sie bitte, meinen Namen nicht zu nennen. Aber wer gehört, gelesen und erlebt hat, wie es bei Gösgen am 25./26. Juni aussah, wer so unmittelbar genötigt hat, für wessen Interessen hier die Polizei, «Dein Freund und Helfer», eingesetzt wurde, wer beobachtet hat, wie eine offensichtlich feindliche Truppe noch am Sonntag bereitstand, darf vielleicht nicht mehr so schnell, auf seine Papier-Rechte zu vertrauen.

Wird das Eigentum der Grossen geschützt — auf Kosten von Gesundheit und Rechten der einfachen Leute? Vielleicht ist ja juristisch alles in Ordnung. Aber dann habe ich mir wohl eine falsche Vorstellung von diesem Staat gemacht.
E. B.»

das konzept Tip

Atomkraft — Nein, danke

Dank der Mitarbeit vieler Organisationen und Einzelpersonen trug der Pfingstmarsch zu einer Aktivierung der AKW-Gegnerschaft in der ganzen Schweiz bei. Während dem Pfingstmarsch ist die Aktion des Verkaufs von Klebern und Abzeichen mit der Aufschrift «Atomkraft? — Nein, danke» angelaufen. Bis auf weiteres wird der Versand weitergeführt. Der grosse Kleber (Durchmesser 12,5 cm), der Bogen mit 50 Kleben (Kleber Durchmesser 3,5 cm) oder der Ansteckknopf (Durchmesser 3,5 cm) wird für 1 Fr./Stück verkauft. Ebenso sind noch Pfingstmarschplatteln von AKW-Liedern mit Ernst Born erhältlich (Preis 8 Fr./Stück). Bestellungen an: *Pfingstmarsch-Komitee*, Postfach 74, 4011 Basel.

Elektroschocks nach dem Pfingstmarsch

Eine junge Genferin blieb nach dem Pfingstmarsch am 30. Mai allein auf dem Atomkraftwerkgelände Gösgen (SO) zurück. Sie wurde daraufhin von Solothurner Polizei ohne vorherige Überprüfung ihrer Identität verhaftet und auf dem Polizeiposten einer eingehenden Leibesvisitation unterzogen. Aus Protest weigerte sie sich daraufhin, sich wieder anzuziehen, und wurde nun eine Nacht lang in eine Einzelzelle gesperrt. Ihr eigenartiges Verhalten war für die Polizei Vorwand genug, sie gegen ihren Willen in die Psychiatrische Klinik von Solothurn einzuliefern; von dort wurde sie später in die Psychiatrische Klinik Bel-Air, Genf, überführt.

Erst am Tage darauf wurde ihre Einlieferung von einem externen Arzt bestätigt. Wie in der «Tribune de Genève» zu lesen war, änderte dieses nachträglich hergestellte Zeugnis nichts an der Illegalität der Freiheitsberaubung und der Einlieferung in die beiden psychiatrischen Kliniken. Anna R. reagierte mit Hungerstreik und Aussageverweigerung, worauf Dr. Brändli sich entschied, ihren Widerstand mit Elektroschocks zu brechen (OHNE ihr Einverständnis oder das ihrer Angehörigen).

Erst eine Woche nach Beginn der Behandlung mit Elektroschocks war es Angehörigen und Freunden, welche ausnahmslos für Annas psychische Gesundheit bürgen, gestattet, sie zu besuchen.

Nach fast dreiwöchigem Aufenthalt in der Klinik gelang es ihr, zu fliehen und bei Freunden unterzutauchen. Am darauffolgenden Samstag demonstrierten über hundert Personen gegen die Will-

kür der Verhaftung und der psychiatrischen «Behandlung». Gleichzeitig hielten das Comité pour la libération d'Anna R., das Comité contre la repression psychiatrique, das Réseau romand d'alternative à la psychiatrie, die Femmes du Centre-Femmes und das Comité contre verbois nucléaire (CCVN) eine Pressekonferenz ab.

Soweit die Zusammenfassung der welschschweizerischen Pressemitteilungen. Wir stellen uns nun die Frage, warum

der ganze Skandal in der deutschschweizerischen Presse bis anhin totgeschwiegen wurde? Liegt es an den schlechten Französischkenntnissen der Journalisten oder weil gewisse Kreise kein Interesse an der Veröffentlichung haben?

Wir erlauben uns die ironische Schlussbemerkung, dass der in Zukunft wahrscheinlich rasch ansteigende Energiebedarf der psychiatrischen Kliniken nur mit Kernkraftwerken gedeckt werden kann.
Béatrice Schutzbach,
Wolfgang Schwarz,
Markus Buser

Hiermit wird abonniert

«das konzept» — die kritische Alternativzeitung, die kein Blatt vor den Mund nimmt und auch kein Brett vor dem Kopf hat. Überzeugen Sie sich mit einem Abonnement.

- «das konzept», Jahresabonnement 16 Fr., Ausland 20 Fr. Für Schüler und Lehrlinge unter 20 Jahren 30% Rabatt (Ausweiskopie beilegen). Aus technischen Gründen laufen die Abos stets bis Ende Jahr.
- Ich bestelle ein Abonnement «das konzept» (Zutreffendes ankreuzen)
- September 77 bis Dezember 78 (16 Monate) für 22 Fr. (Ausland 28 Fr.)
- zusammen mit dem «zürcher student» (Sept. 77 bis Februar 78) für 14 Fr.
- Unterstützungsabonnemnt (doppelter Betrag)

Name, Vorname: _____
Adresse: _____
PLZ, Ort: _____
Beruf: _____ Datum: _____

Talon einenden an: «das konzept», Rämistr. 66, 8001 Zürich
Ich kam in Besitz dieser Nummer von «das konzept» über einen Bekannten*als Probenummer*am Kiosk* auf ein Inserat in nachstehend genannter Zeitung hin*. Die Nummer war aufgelegt oder wurde verteilt an folgendem Ort* (Zutreffendes unterstreichen):
Schenken Sie bitte eine Gratisprobenummer an folgende(n) Bekannte(n):
dk 77/7

Hochschulförderungs- und Forschungsgesetz nach der ersten Runde

Hornbergerschiessen bei der Hochschulförderung

Das neue Hochschulförderungs- und Forschungsgesetz hat in einer ersten Runde in beiden eidgenössischen Räten die Hürde übersprungen. Alles in Butter, könnte man meinen, aber der Schein trügt. Das Gesetz wird zwar voraussichtlich in der Herbstsession endgültig bereinigt verabschiedet; die Kredite für die Hochschulkantone jedoch, die die Durchführung des Gesetzes erst ermöglichen, hängen noch in der Luft. Bundesrat Hürlimann möchte sich sein liberales, «den freien Zugang zu den Hochschulen» gewährleistendes Gesetz nicht jetzt schon mit dem Makel der Nicht-Erfüllung beflecken.

Auf dem Sektor der eidgenössischen Hochschulförderung musste in diesem Jahr spätestens etwas geschehen. Das alte Hochschulgesetz läuft auf Ende Jahr aus. Würde es nicht ersetzt, so kämen die Hochschulkantone in eine arge Finanzklemme; denn auch der

wieder, und nun steht an dieser Stelle das ursprüngliche stolze «gewährleistende»

Otto Fischer, der das bürgerliche Dilemma gegenüber den Bildungsausgaben im allgemeinen zum Ausdruck brachte, wurde belehrt, dass er, der sonst immer für Liberalismus (im rein wirtschaftlichen Sinne, wohlgemerkt) sei, in der Frage des NC der «Planwirtschaft» das Wort rede. In einem Anflug von Grossmut erinnerte man sich daran, dass bis ins Jahr 1981 ungefähr 30 000 Lehrstellen fehlen werden, dass also Sparen bei der Hochschulbildung die Probleme auf dem Sektor der Berufsbildung nur verschärfen können.

All das stand im Raum, als sich der Nationalrat anderthalb Wochen nach Ablehnung der Mehrwertsteuer wieder an die Diskussion des HFFG machte, die unterbrochen worden war. Vorerst noch das gleiche Bild wie zuvor. Einige Angriffe, so auf die gern aufgebauchten Langzeitstudien (Bundi, soz.), wurden abgewiesen. Das Donnerrollen war dann erstmals vernehmlich, als sich Bundesrat Hürlimann mit einem Antrag einverstanden erklärte, der eine Differenz zwischen den in der Finanzierung der Hochschulförderung schaffe, da man dadurch Gelegenheit habe, in der Herbstsession beim Differenzbereinigungsverfahren zwischen den beiden Räten auf die ganze Finanzangelegenheit zurückzukommen. Oppositionslos

erklärte sich der Nationalrat damit einverstanden.

Der Weg war frei für die Aufhebung der Abstimmung über die Kredite, die ja die eigentliche Hochschulförderung darstellen. Nach dem 12. Juni sprach niemand mehr von einer Verhinderung des NC als vordringlicher Aufgabe. Über die Mittelverteilung wird das Bildungsparlament vorbereitet. Endlich hat man den so angenehmen Schwanzweg, der einem die Durchführung dessen, was man schon lange vorbereitet hatte und eigentlich auch wollte, gestattet. Der erreaktionäre Fluchbächer aus dem Oberbaselbieter polterte schon, das Volk werde noch zeigen, was es unter Studenten verstehe. Nicht wahr, Herr Doktor Fischer?

Ein Gesetz, das nichts nützt

Das neue Hochschulförderungsgesetz wäre damit perfekt. Aber die darin erhöhten Bundesbeiträge kommen erst voll zur Ausschüttung drei Jahre nach der Einführung einer neuen Bundesfinanzordnung (des «Mehrwertsteuer»). Diese neue Bundesfinanzordnung ist für das Jahr 1980 oder 1981 vorgesehen, denn vor den nächsten Wahlen möchten sich die Bundesratsparteien nicht noch mit einer neuen Steuerordnung unbeliebt machen. Das heisst aber für die erhöhten Beiträge an die Hochschulkantone, dass sie erst im Jahr 1984 voll bezahlt werden. Just zu dem Zeitpunkt, wenn nach den nicht über alle Zweifel erhabenen Angaben der Bildungsplaner die Studentenzahlen wieder zu sinken beginnen. Wahrhaftig, man will den Numerus clausus mit allen Mitteln verhindern!

Die Sonderanstrengungen der Hochschulkantone zur Verhinderung des Numerus clausus, die nach Art. 16 des neuen Gesetzes honoriert werden sollen, zahlen sich erst aus, wenn der grosse Sturm vorüber ist.

Der Hauptkampf ging um den NC.

Berufsbildung: Bericht aus dem Ständerat

Abgeschrieben war am vorletzten Tag der Sommer-session der eidgenössischen Räte (am 26. 6.) mit 32 Ja-Stimmen im Ständerat nicht nur die bundesrätliche Vorlage des Berufsbildungsgesetzes. Abgeschrieben waren in der Diskussion auch die Lehrlinge. Die hohen

Standesherren mochten sich mehrheitlich für die Anliehe dieser grossen Mehrheit der Jugendlichen nicht so recht einsetzen. Die Arbeitgeber-Lobby setzte sich im Stöckli durch: Die Vorlage wurde verwässert, das Obligatorium der Lehrmeisterausbildung durchlöcher-

Kein Einsatz für die Stiften

zeigen, welche Bedeutung das Gesetz hat, das jenes aus dem Jahr 1965 verbessern soll. Sieben Jahre lang ist in Vernehmlassungen und hinter den Kulissen ein grosser Kampf um die Verknüpfung von staatlichen und gewerblichen Aufgaben zu öffnen. Während sich der EDV-Chef für die Privatindustrie einsetzte, hatte diese genügend Zeit, ihre Interessen geltend zu machen: So wurde die Schmalspur «Ausbildung» der Jugendlichen in der so genannten «Anliehe» im Gesetz verankert – gegen den Widerstand der Gewerkschaften. Auch der Stellenwert der betrieblichen Ausbildung, der aus Erfahrung umstritten ist, blieb unangetastet: Die Arbeitgeber fürchten nichts mehr, als dass ihre Verfügbarkeiten nicht durch ein Angebot an billige, unterbezahlte Arbeitskräfte sind, gemindert wird (durch einen zweiten Berufsschuljahr zum Beispiel).

Zentrale Punkte im Gesetz sollten neben der Verankerung der «Anliehe» die obligatorische Auszubildenden der Lehrmeister obligatorische, periodisch durchgeführte überbetriebliche Einführungskurse zur Erlernung grundlegender Fähigkeiten für die Lehrlinge, damit also Umstellung vom dualen System «Betrieb-Schule» auf das triale System «Betrieb-Kollektivschule». Verankerung der Berufsmittelschule und des Instituts für Berufspädagogik sowie Abschlussdiplome der Höheren Technischen Lehranstalten.

Der sogenannte Realismus

Dieses Gesetz also hatte der Ständerat zu diskutieren. Bundesrat Brugger meinte in der Eintretensdebatte nach einer Anpreisung der Vorlage bezeichnenderweise, es gelte, das Machbare zu realisieren: «Wir sollten realistisch bleiben.» Im Klartext bedeutete das den Appell, die Zustimmung von ort und Stelle zu erhalten. Trotz dieses Veranschaulichung der wässrigen Vorlage zu gefährden: «Wir brauchen die Zusammenarbeit mit den Lehrmeistern und den Berufsverbänden. Gegen die Wirtschaft eine Berufsbildung durchzusetzen wäre sinnlos.» Was dann folgte, war freilich noch peinerlicher als dieses Eingeständnis einer Abhängigkeit des Departements von den Interessen der Wirtschaft:

Das Desinteresse an einer möglichst umfassenden Ausbildung aller Stifte im Stöckli war offensichtlich. Nur wenige Standesherren beteiligten sich an der Diskussion. Die einen hatten ihr Rede-pulver schon in der vorangegangenen Juridiskussion verschossen, andere bereiteten sich auf die folgende Tierhal-

Aber hinter dem Rauchvorhang dieses (Schein-)Gesetzes wurden Dinge das Gesetz verpackt, die den Fortschritten einer fortschrittlichen Bildungspolitik entweder nicht zu genügen vermögen oder gar widersprechen. Da ist einmal die berühmte Regierungskonferenz. Die Herren Erziehungsdirektoren der Hochschulkantone sitzen da zusammen mit dem Vizepräsidenten aus Nichtschulkantonen und dem Vorsteher des Departements des Inneren. Dort wird vorbereitet und entschieden. Das gewisse Mass an Öffentlichkeit, welches die nun aufgehobene Schweizerische Hochschul-konferenz noch geboten hatte, wird beiseite geschoben. Der öffentliche Ausschuss der Öffentlichkeit hält wieder Einzug. Ein Mitspracherecht oder Mitbestimmungsrecht der Studenten wird nicht einmal in der Form einer Ablehnung gewährt. Die Vertreter der Parteien, die am 12. Juni vom Volk auf der ganzen Linie desavouiert worden sind, werfen sich in die Brust und fragen, wer denn für die Studenten überhaupt noch repräsentativ sei angesichts der politischen Heterogenität (Schwarz, fdp., Aargau). Welch ein Pluralismusverständnis! Und der katholische Butty aus Basel formuliert das Hebelwort: Welcher Student aus den 50 000 schweizerischen Studenten sollte ausgewählt werden? So sind die Studentenvertreter auf Fachkommissionen verwiesen, wo sie für Hofnarren Hofnarren sein können.

Die weitere schwerwiegendere Mangel des Gesetzes besteht darin, dass es keine Bestimmung zur Förderung der Studienreform enthält. Der quantitative Ausbau der Universitäten hat heute sicher eine vorrangige Stellung. Soll man aber deswegen auf eine qualitative Reform verzichten? Der Hinweis, dass die erst nach der Verabschiedung eines Bildungsartikels in der Bundesversammlung möglich wäre, genügt nicht. Subventionen für Anstrengungen auf dem Gebiet der Studienreform wären möglich und nötig gewesen.

Die Zweifel, die der Delegiertenrat des VSS bezüglich der Wirksamkeit dieses Gesetzes hatte, konnten durch die Debatten der eidgenössischen Räte nicht ausgeräumt werden. Im Gegenteil. Wird die Finanzlage des Bundes zum Alibi für den NC übers Jahr? VSS

Eine «konzept»/SSR-Dienstleistung: die Gratis-Rubrik



für die Reisepartner-Suche

Kommerzielle Inserate, solche mit andern Zwecken als der Suche nach Reisepartnern sowie Chiffre-Inserate können allerdings nicht angenommen werden. (Wir verweisen dafür auf unsere günstigen Kontakt- und Kleinanzeigen in der Rubrik «treffpunkt».)

Wie mach' ich's?

Text sauber mit Schreibmaschine (grosser Absatz, kurze Zeilen) schreiben, maximal 35 Worte. Länder, Gerichte werden gekürzt. Name und Adresse nicht vergessen! Inserat, mit 40 Rappen frankiert, einenden an «das Konzept», Reis mit, Rämistrasse 66, 8001 Zürich, Einsendeschluss bei Inseratenschluss (vgl. Impressum).

Für einige Tage Wanderferien in den Walliser Bergen suche ich biologisch interessierte(n) Kameraden(-in). Termin nach Übermittlung Juli/August. Grosses Lötschi, Vetterweg 93, 8049 Zürich. Tel. 62 38 60.

Luftiger(e) Mitfahrer(in) nach Finnland gesucht (Zürich-Helsingfors-Stockholm-Turku). Abfahrt ca. 20. Juli 1977. Sich melden bei: Peter Schneider, 8001 St. Gallen, (01) 87 15 14.

Welches zu Strapazen bereite intelligente Mädchen mit Herz, 20-30, kommt mit 28jähigem Studenten zu Ende Juli bis Mitte Okt., nach St. Julien, Tunesien, Algerien, Marokko, Spanien? Transport: alle Verträge, Route Biele, André Kolar, Tel. (01) 56 03 60.

Körperbehinderte suchen für ihr Ferienlager 4 Tage Paris, 10 Tage Normandie mit Nichtbehinderten vom 24. 7. bis 7. 8. 1977, hoch 3-4 nichtbehinderte Studenten. Kosten zwischen 300 und 400 Franken. Anmeldung und Auskünfte: Ruth Groll, (01) 55 17 82.

Old Inparden auf eigene Faust: Ich: 21, o-beinig, Student, schüchtern, eigenwillig(?). Darunter: unerschlossen. Plan: wird gemeinsam einmischen. Kosten: relativ klein. Reisezeit: ca. September, ein Monat. Thomas Schmid, Münsterstrasse 5, 8001 St. Gallen, (01) 87 15 14.

Suchen Mitfahrgelegenheit (Benzinabteilung) nach Frankreich/Spanien/Portugal vgl. 10-14, 7, 77 Esther/Christine Tel. 037/22 03 84 (7,30-9,00)

treffpunkt logo and text: Welche Mutter braucht wie ich etwas Zeit für andere (Studium) und sucht gleichzeitig für ihr Kind einen Spielgefährten? Wir können doch unsere Kinder 1-2 Tage/Woche auslassen. (Eine Tochter, 22 Monate, Kreis 6) Tel. (01) 28 67 62

Für FKK-Ferien (1-2 Wochen, Juli oder August) möchte ich (24, männlich) als Begleiter ein herzliches und feinfühliges Mädchen kennenlernen. Zuschriften unter Chiffre 4177 an Mosse-Annoncen AG, 8023 Zürich.

Ich suche auf den ersten Oktober oder früher Anschluss in einer Wohngemeinschaft in der Stadt Zürich. Ich möchte ein paar Frauen und Männer in einer aufgestellten Gemeinschaft zusammenleben, wo ich mich auseinandersetzen, d. h. wohl fühlen kann. Ich heisse Marcel und bin am Abend ab 19 Uhr zu Hause. Tel. (052) 22 49 64.

Unternehmer und die Kosten, die diesen der Besuch solcher Kurse machen, die doch nur den Stiften nützen, «Wichtige Gründe» lassen sich immer «nachweisen». Das zeigt die Anwendung dererer Gesetze durch die verschiedenen Kantone.

Wen wundert es, dass bei solchem Desinteresse an den Tausenden von Stiften die Einwendungen der Sozialdemokraten gegen die Anliehe nicht ernst genommen werden? Ich würde mir den Mann im Rat wussten, wozu die Anliehe gut ist. Der SVP-Glarner Stucki wurde unfreiwillig deutlich, als er hoffte, «dass die Anliehe zur Vorbereitung auf eine spätere Lehre dient und diese Leute nicht alle Hilfsarbeiter werden». Kündig korrigierte seinen «alten bürgerlichen Kollegen» später: Die Anliehe sollte «nur in gewissen Fällen» die Vorstufe zu einer Berufslehre sein. Die Anliehe sollte «Minderbegabte fördern». Wie edel (und wie besorgt um Unternehmerprobleme) aus niederbezahlten Ungelernten, sogenannten «Anlieheren»!

Zugegeben: Die Verteidigung der Lehrlinge durch die Sozialdemokraten war lahm. Aber selbst eine scharfe Attacke im Stile Zieglers hätte die bürgerliche Arroganz im Stöckli kaum brechen können. So enthielten sich denn die Sozialdemokraten auch in der Sache der Lehrlinge war abgeschlossen. Die Stöckli-Herren konnten in die Mittagspause gehen und sich auf die Tierhaltungsdarbete, die ihnen mehr als die Lehrlingshaltung (oder -ausbildung) am Herzen lag, vorbereiten.

Referendum in Sicht – Macht Ständerat zu Stifterat

Der Schweizerische Gewerkschaftsbund wird wahrscheinlich – so SGB-Jugendsekretär Moser in Zürich an einer Diskussion über den Inhalt des Referendum ergreifen, sofern sich der Nationalrat ähnlich zynisch über die Interessen der Lehrlinge hinwegsetzen sollte. Angesichts einer solchen Ständeratsdebatte wäre das nur zu wünschen. Besser noch: Man soll die Herren Ständeräte zu einem Referendum zwingen.

Vielleicht würden dann die Ständerherren und ihre bürgerlichen Kollegen in der grossen Kammer, die immer wieder die Bedeutung der beruflichen Bildung in den Himmel heben, wenn es gilt, Hochschulförderungen zu bodigen, lernen, was sie dem Volk nicht begriffen haben: dass sie nicht Kapital-, sondern Stände- und Volksvertreter zu sein haben, also auch Vertreter der Tausenden von Lehrlingen. Diese wollen auch dann eine gute, zukunftsreiche Ausbildung, wenn Stifte nicht mehr knapp sind (wie in dem Referendum, das das Gesetz in Angriff nahm), sondern die Unternehmer eher Jugendliche als Ersatz für Fremdarbeiter als Ungelernte wünschen. B. Dietrich

VSS logo and text: Verband der Schweizerischen Studentenschaft. Erfahrungsstelle 9, 3012 Bern. Tel. (031) 23 28 18

Vorstand: Hanna Murrat, Urs Hänsenberger, Thomas Hellmann

reichste Kantone der Schweiz ist heute nicht mehr in der Lage, seine Universität selbst zu finanzieren. Es hätte die Möglichkeit bestanden, das alte Gesetz zu verlängern, wie dies schon einmal gemacht worden war. Diese Variante hätte der VSS sogar vorgezogen, da wir feststellen mussten: «Der Numerus clausus der jetzigen Form nicht voll befriedigen und ohne wesentliche Änderungen nicht akzeptiert werden» (Thesen zum neuen HFFG, verabschiedet an der 51. Sitzung des Delegiertenrates des VSS am 25. 2. 1977 in Olten). Aber es lag Bundesrat Hürlimann ob, die Finanzen der Herzen, auf dem Gebiet der Hochschulförderung etwas Neues, unter seiner Ägide Entstanden vorzulegen.

Zwei verschiedene Debatten

Die Debatten in den eidgenössischen Räten sind bisher unter zwei verschiedenen Vorzeichen abgelaufen. Der Einschnitt war der 12. Juni. Im Ständerat und in der ersten Phase der Nationalratsdebatte versicherten mit Ausnahme einiger populärer Aussenseiter (Otto Fischer vom Gewerbeverband, Kopf-abwärts Basel-Land usw.) die Hauptsprecher: «Der Numerus clausus muss mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln bekämpft und verhindert werden müsste. BR Hürlimann sah durch den NC die Grundlagen des liberalen Staates bedroht. Der Nationalrat korrigierte die Fassung des Ständerates, in der Bund der «fördernden» sollte, die Hochschulen nur «fördern» sollte,

Schweizerische Hochschulkonferenz 1977

Schauspiel nach allen Regeln der Repräsentationskunst

Das Plenum der Schweizerischen Hochschulkonferenz fand sich dieses Jahr zu seiner grossen zweiten Sitzung im Hotel Hoch- und Nichthochschulkantone, Vertreter der Universitäten und bildungspolitischer Verbände und Organisationen versammelten sich im luxuriösen Hotel Europa zur festlichen Sitzung der schweizerischen Bildungsgrössen. Zwei Traktanden standen am Donnerstag zur Diskussion: die Zukunft der Schweizerischen Hochschulkonferenz und das Centro universitario della Svizzera italiana (CUSI).

Zum ersten Thema trug die Arbeitsgruppe Gaudard der Hochschulkonferenz ihre Vorarbeiten zur Organisationsstruktur unter dem neuen Hochschulförderungs- und Forschungsgesetz (HFFG) vor. Es ging hierbei vor allem um die verschiedenen Kommissionen, die nicht durch das Gesetz geregelt werden. Das Plenum hatte Gelegenheit, weitere Anregungen an die Arbeitsgruppe Gaudard gelangen zu lassen. Beschlüsse konnten bei dieser ersten grösseren Diskussion und in Anbetracht des ungewissen Schicksals des neuen HFFG nicht gefasst werden. Der VSS äusserte sich zum allgemeinen Problem der fehlenden Information mit den Neueregulungen und verlangte, dass je zwei VSS-Delegierte in die verschiedenen Kommissionen Einsitz nehmen können.

Die Tessiner Regierung hegt immer noch den Gedanken einer eigenen Hochschulinstitution und fällte ihre Option zugunsten eines Postgraduierten-Instituts für Regionalstudien. Im Vorfeld einer möglichen späteren Anerkennung dieses Instituts als Bundesuniversitätsempfänger ging es nun darum, in freundeidgenössischem Sinn die Meinung der bestehenden Hochschulträger zu hören.

Dies gab nun Anlass zu grossen theoretischen Übungen, die vor allem Zeugnis für die beherrschte Kunst salbungsvoller Schaumslägerei, etwa für die Kenntnis der Entscheidungskompetenzen von Bund, Kanton Tessin und übrigen Kantonen ablegten. Trotz einigen eher «bösen» Bemerkungen in der Finanzierungsfrage (noch mehr Subventionsrechte bei stagnierenden Hochschulgeldern?) kam das Plenum zu einer positiven Stellungnahme im Sinne einer Empfehlung an den Bund und die Tessiner Behörden. Schliesslich war man hier in Lugano zu Gast und stand vor dem abendlichen Bankett im grossen Stil, das vom Tessiner Regierungsrat gestiftet wurde.

Das Berufsbildungsgesetz betrifft rund 143 000 Lehrlinge (durchschnittlich 70 Prozent aller Knaben und 33 Prozent aller Mädchen). Zum Vergleich: An den eidgenössischen Hochschulen sind 53 000 Studierende. Schon diese Zahlen

zeigen, welche Bedeutung das Gesetz hat, das jenes aus dem Jahr 1965 verbessern soll. Sieben Jahre lang ist in Vernehmlassungen und hinter den Kulissen ein grosser Kampf um die Verknüpfung von staatlichen und gewerblichen Aufgaben zu öffnen. Während sich der EDV-Chef für die Privatindustrie einsetzte, hatte diese genügend Zeit, ihre Interessen geltend zu machen: So wurde die Schmalspur «Ausbildung» der Jugendlichen in der so genannten «Anliehe» im Gesetz verankert – gegen den Widerstand der Gewerkschaften. Auch der Stellenwert der betrieblichen Ausbildung, der aus Erfahrung umstritten ist, blieb unangetastet: Die Arbeitgeber fürchten nichts mehr, als dass ihre Verfügbarkeiten nicht durch ein Angebot an billige, unterbezahlte Arbeitskräfte sind, gemindert wird (durch einen zweiten Berufsschuljahr zum Beispiel).

Am Freitag – für viele nach halb-durchwachter Nacht, denn es lockten die Vorarbeiten zur Organisationsstruktur, für Herbst 1977 auf Zulassungsbeschränkungen zu verzichten. Dieser wichtige Entscheid, den Tageszeitungen und Fernsehen ausführlich darstellten, brachte Informierten allerdings keine Überraschungen. Die diesjährige Voranmeldung im Fach Medizin zeigt gesamtthaft rückläufige Zahlen nicht nur gegenüber 1976, sondern auch 1975. Der Rückgang der Voranmeldungen ist wesentlich auf die «Abschreckungskampagne» der SHK zurückzuführen, die im Januar 1977 an die Universitäten geht und vor allem über die Humanmedizin informierte. Ein allerdings sehr zweifelhafter «Erfolg». Im Anschluss wurde ein Thesenpapier zum Hochschulzugang diskutiert, das die bisherigen Optionen der SHK zu allfälligen Zulassungsbeschränkungen für die Nichthochschulkantone am Hochschulschluss und den qualitativen Kriterien nach dem Modell Akert bestätigt. Dieses Thesenpapier verankert die «Abschreckungskampagne» als probates Mittel, die Zahl der Studienanfänger im Fachbereich Medizin bis 1985 konstant zu halten – trotz Protesten des Verbandes der Schweizer Medizinstudenten und des VSS.

Mit Zustimmung zur Kenntnis genommen wurde ein zukunftsweisendes Papier zur finanziellen Beteiligung der Nichthochschulkantone am Hochschulschluss. Danach entrichten alle Kantone 1980 jährlich Beiträge, errechnet auf der Basis der Einwohnerquoten, der Finanzkraft des Kantons und des Anteils der ausserhalb des Kantons Studierenden. Ein hoffnungsvoller Anfang, aber mit welchem Realisierungschancen?

Nach einem kalten Buffet, das sich sehen liess, machte sich die noble Gesellschaft auf die Heimreise. VSS/HM

Zweite Säule unter Beschuss

Sicherung im Alter statt Renten-Geschäft

Etwa jeder fünfte Schweizer ist Rentner. Dennoch scheint die reiche Schweiz nicht bereit, diesen 1,024 Mio. älteren Mitbürgern (1976) ein Leben ohne materielle Sorgen zuzugestehen. Neuestes Beispiel dieser beschämenden Bilanz, mit der unser Bericht in der Juni-Nummer das «konzept» über die politischen Hintergründe des Gerangels um die Zweite Säule schloss: die «Konsolidierung» der AHV, die nichts anderes bedeutet als staatliche Sparmassnahmen auf dem Rücken der Rentner. Die heisige «Sozial»-Politik ist unszial:

Die Schweiz ist das einzige Land Europas, wo Zahn- und Pflege nicht durch die Krankenkasse gedeckt wird; eine Mutterschaftsversicherung existiert nur in Ansätzen; skandalöse Härtefälle ergeben sich aus der Trennung von Unfall- und Krankenversicherung. Von den 28 Mio. Franken Sozialversicherungs-Aufwendungen wird ein Drittel durch private Geschäftemacherei und unnötige Kapitalanhäufung zweckentfremdet. In dieser Situation zeigt dieser Artikel eine Alternative zum unsocialen Drei-Säulen-Prinzip der Altersvorsorge auf.

Bürgerliche Politiker, aber auch manche SP- und Gewerkschaftsvertreter, preisen die immer noch in der Vorberatung befindliche Zweite Säule der Altersvorsorge als weiteren grossen Schritt auf dem Wege zu einem grossen schweizerischen Sozialwerk. Fassen wir daher kurz zusammen, was es mit der vorgesehenen Regelung auf sich hat:

- Mit der Zweiten Säule werden jährlich sechs und mehr Milliarden Franken zwangsgespart. Nach einer Studie des Schweizerischen Bankvereins werden die Vermögen der Vorsorgeeinrichtungen fünf Jahre nach Inkrafttreten des Gesetzes auf 97 Milliarden, bis zum Jahr 2001 gar auf 28 Milliarden Franken ansteigen. Ein grosser Teil der Alten, Hinterlassenen und Invaliden aber wird während dieser Zeit mit ungenügenden Rente abgespielt.
- Profitieren von diesen riesigen Summen werden private Versicherungsgesellschaften und Banken sowie die Unternehmer, die billiges Geld für Investitionen und auch Wegrealisierung von Arbeitsplätzen bekommen.

unverhältnismässig wenig Alterssicherung zahlen.

Resignation oder neuer Anlauf?

Die Situation scheint für die Arbeitnehmer ebenso schlecht wie aussichtslos. Denn schliesslich ist am 3. Dezember 1972 die PdA-Initiative «Für ein wirkliche Volkspension» verworfen und das Dreisäulensystem verankert worden. Die Niederlage fiel so massiv aus, dass viele Gegner der Zweiten Säule resigniert haben. Der Zürcher Ökonom Jost Steiger hingegen plädiert für einen neuen Anlauf. Richtigweise analysiert er die seinerzeitigen Ablehnungsgründe und skizziert als Konsequenz daraus, wie eine neue Initiative, getragen von der gesamten Linken, einschliesslich SP, aussehen müsste.

In der Tat stehen die «Zeichen der Zeit» so schlecht nicht: Die Sozialdemokratische Partei der Schweiz, die seinerzeit von der überhastet produzierten PdA-Initiative überrollt worden war und die die PdA-Initiative mit ihrem eigenen Volksbegehren «bodigen» half, dann aber die eigene Initiative zurückzog und so zur heutigen Misere beitrug, besinnt sich: Am SP-Parteitag in Montreux vom 30./31. Oktober letzten Jahres wurde auf Antrag von zwei Sektionen und der Juso-Schweiz beschlossen: «Die sich auf gesetzgeberischer Ebene abzeichnende Entwicklung in bezug auf eine sich auf zwei oder drei Säulen abstützenden Altersvorsorge erfüllt die hohen Erwartungen nicht, die in ein solches Sozialwerk gesetzt werden müssen. Der Parteitag zieht daher frühere Beschlüsse über System und Finanzierung der schweizerischen Altersvorsorge in Erwägung. Er beauftragt den Parteivorstand, den ganzen Komplex der Altersvorsorge im Sinne alternative Vorschläge, die auch eine allfällige neue Volksschichtinitiative enthalten können, nochmals zu bearbeiten. Die Berichterstattung erfolgt spätestens am nächsten Parteitag.» Dies ist deutlich und er wird immer deutlicher, je klarer wird, wie wenig die Bürgerlichen die Warnung verstehen wollen und wie sehr sie bestrebt sind, ihre Lösung zugunsten der Banken und Versicherungen durchzuboxen. Selbst als Druckmittel in der Debatte über die 0. AHV-Revision, in der «Konsolidierungs-Diskussion», blieb dieser Wink mit dem Initiativ-«Pfahl» wirkungslos. Hier spätestens sollten auch rechte SP-Vertreter eingesehen haben, dass die Interessen der Arbeitnehmer – besonders in Rezessionszeiten, wo das Bürgerturn sein eigene Krise von den Lohnabhängigen tragen lassen will – nur durch einen neuen Initiative-Anlauf zu vertreten sind. Die SPs muss sich nun dabei behaften lassen, dass sie nicht nur mit Worten, sondern auch mit Taten das Dreisäulensystem in Frage stellen.



Ruhe, sonniges Alter...

• Die höheren Unkosten der vielen Pensionskassen und die inflationäre Entwertung der riesigen Sparsummen bedingen, dass die Zweite Säule auch auf die Dauer höhere Beiträge benötigt als die zentrale AHV.

• Weil bei der Zweiten Säule im Prinzip jeder für sich spart, werden die schlecht-bezahlten Lohnabhängigen benachteiligt.

• Mit den betriebseigenen Pensionskassen werden die Arbeitnehmer stark an «ihren» Betrieb gebunden. Ihre Vertreter in den Pensionskassen-Gremien werden zudem zu unsolidarischem Verhalten (in Sachen Anlagepolitik z. B.) gezwungen.

Entsprechendes gilt für die Gewerkschaften. Sie haben erkannt, dass die Arbeitgeberseite auf einen Abbau der staatlichen Sozialleistungen aus ist, was bedeutet, dass die Sozialanteile der Arbeitnehmer zu ihrer eigenen Sicherung ständig steigen sollten (AHV-Anteil z. B.). Die soziale Sicherung wird schliesslich nur – wenn es nach dem Kapital-Trend geht – über Lohnprozente gewährleistet, wobei der Arbeitgeberanteil nur noch ein versteckter Lohnabzug ist (AHV, Arbeitslosenversicherung). Die SGB-Gewerkschaftskorrespondenz bemerkte im Oktober 1976 dazu: «Wenn im Zeichen der Finanznöte des Bundes die Staatsaufgaben gedrosselt werden müssen, so darf dies nicht ausgerechnet die wirtschaftlich Schwächeren treffen. Die rechte Schweiz kann sich einen Sozialstaat leisten.»

SGB und SPs haben nach der Verwerfung der PdA-Initiative und nach dem Rückzug ihres eigenen Volksbegehrens lernen können, dass sich ihr faktisches Spiel nicht zur Verbesserung der Altersvorsorge ausgezahlt hat. Es könnte also sein, dass sie bereit sind, aus dieser ermüdeten Bilanz Konsequenzen zu ziehen.

Diese Konsequenz heisst: Vollausbau der AHV/IV, der bei gleichem finanziellen Aufwand wie die jetzige AHV/IV + Zweite Säule bessere Leistungen für die grosse Mehrheit der Lohnabhängigen bietet.

Grosse Vorteile...

Die Vorteile sind erdrückend gross:

Bei einer zentralen staatlichen Gesamtversicherung AHV/IV könnte auf das für die Versicherten teure und nur bei Zersplitterung in viele einzelne Pensionskassen notwendige Deckungskapital-Verfahren (DKV) mit seiner riesigen Kapitalanhäufung verzichtet werden. Die Banken und Versicherungen würden damit zwar ihres «Geschäfts des Jahrhunderts» verlustig gehen; die Rentner aber hätten für weniger Geld mehr Alterssicherheit. Denn es ist unbestritten, dass das bei einer zentralen vollaussgebauten AHV/IV mögliche Ausgaben-Umlage-Verfahren (AUV), wie es die heutige AHV/IV anwendet, einfacher und billiger ist; die Beitragseinnahmen kommen laufend denen zugute, die sie benötigen; die Verwaltungskosten wären mit rund 2 Prozent wesentlich niedriger als diejenigen vieler einzelner Vorsorgeeinrichtungen; bei inflationsbedingten Lohnanpassungen würden die Beiträge automatisch mitwachsen und die Renten könnten problemlos entsprechend angepasst werden; das Solidaritätsprinzip der AHV gegenüber dem reinen Beitragsleistungs-Prinzip der Zweiten Säule bedingt, günstiger als die heutige AHV/IV, die wirtschaftlich Schwächeren, schliesslich das zentral verwaltete angesammlte Kapital für gesellschaftlich nützliche Zwecke, nicht zur Gewinnmaximierung der Banken und Versicherungen, zur Verfügung.

Starke Gegner

Gerade weil diese Vorteile für die Angestellten und Arbeiter so gross sind, hat die Gegenseite so viel bei einem zentralen Vollausbau mit einer Altersvorsorge-Säule zu verlieren und wird daher alle ihre Mittel einsetzen, um eine neue Renten-Initiative zu «bodigen». Es kommt dabei darauf an, ob das Kapital breite Volksschichten ansprechen kann. Die «Volkskassen» Abstimmung hat gezeigt, dass dies davon abhängt, wie sorgfältig eine Initiative formuliert ist. Ohne die Zustimmung breiter bürgerlicher Schichten ist gegen die Banken- und Versicherungs-Lobby nicht anzukommen. Berücksichtigen muss man auch die Widerstände gewerkschaftlicher Kreise, die ihre eigenen Pensionskassen und deren Leistungen durch eine einheitliche Altersvorsorge gefährdet sehen.



... dafür muss man sich wehren: heute

Absehend hat seinerzeit in weiten Kreisen die Vorstellung einer Einheitsrente geübt, die zwar voll auf Solidarität, aber überhaupt nicht auf Beitragsleistung aufgebaut wäre. Steiger bemerkte: «Man kann ja nicht mitten aus dem Kapitalismus über die Sozialpolitik

in die höhere Phase des Sozialismus hineinspringen, in der jeder, ungeachtet der Leistung, nach seinen Bedürfnissen erhält.» Er folgert: «Die untersten Renten müssen eine sozial vertretbare Existenz sichern, nicht nur ein Dachstuhl und Kaffee mit Mäcken. Die mittleren Renten sollten bis nahe an das frühere Einkommen heranreichen und die höheren Renten bei 3000 Fr. mindestens 60%, bei 4000 Fr. noch mindestens 50% des früheren Brutto-Einkommens sichern.»

Schwierig festzusetzen ist auch die Minimalrente: ein Kleinbauer mit eigenem Hof etwa hat mit 800 Franken viel, wer aber in einer teuren Stadtwohnung lebt, hat mit dem gleichen Betrag recht wenig. Aus finanzpolitischen Gründen schlägt Steiger einen Minimalbetrag von 850 Franken vor. Bei einem Rentenfächer von 1:2½ wäre der Höchstbetrag einer Rente 2120 Franken, was 53 Prozent des Bruttoeinkommens von 4000 Franken entspricht. Sorgfältig zu bedenken sind auch die Beiträge von Bund und Kantonen (Hier wäre ebenfalls ein altes Bundesprojekt, die eigenössische Erbschaftsteuer auf hohe Vermögen, zugunsten der AHV/IV wieder zu erwägen.), die Beiträge der Arbeitgeber, die Frage, in welchen Fällen Kapitalerlösen herangezogen werden sollen, die Probleme der flexiblen Pensionierung, die Ehepaarrenten und die Nichtdiskriminierung von Ausländern.

Vorteil der Solidarität einsichtig machen

Wichtig ist vor allem, in welcher Weise die bestehenden Pensionskassen in der vollaussgebauten AHV/IV aufgehen würden und dass die bisherigen Pensionskassen-Mitglieder ihre dort erworbenen Rechte nicht verlieren würden.

Die grundlegende Schwierigkeit dürfte darin bestehen, dass diejenigen, die schon länger Pensionskassenbeiträge gezahlt haben, nun auch denen Renten-erhöhungen zubilligen sollten, die ohne eigenes Verschulden dies nicht getan haben – etwa weil sie in rückständigen Branchen beschäftigt sind. Wenn diese psychologische Schranke überwunden werden kann – dies um so mehr, als ja die grosse Mehrheit von der billigeren zentralen, vollaussgebauten AHV/IV profitieren wird (s. Tabelle) –, wenn also die Vorteile des Ein-Säulen-Prinzips erkannt sind und darüber auf diesem Gebiet Solidarität unter den Arbeitnehmern sich durchsetzt, hat die Propaganda der Grossfinanz keine Chance mehr, dafür aber die Vernunft-Lösung der vollaussgebauten AHV/IV.

B. Dietrich

Ein-Säulen-Vernunft – in Zahlen

Monats-einkommen	Heutige AHV/IV (94% Beiträge)		AHV/IV + 2. Säule (Projekt Bundesrat)		«Vollausbau» AHV/IV / Alternativprojekt (18,5% Beiträge)			
	Beitrag	Rente Einzel Paar	Beitrag Einzel Paar	Rente Einzel Paar	Beitrag 2)	Rente: AHV/IV + 80% 3) Einzel Paar	Rente: 600.- + 40% 4) Einzel Paar	Rente: 600.- + 40% 4) Einzel Paar
500	47	500 750	47 1)	500 750	92,5 (37)	800 1200	800 1200	800 1200
800	75	560 840	75 1)	560 840	108 (59)	1008 1512	1008 1512	1008 1512
1000	94	600 900	94 1)	600 900	185 (66,5)	1080 1620	1080 1620	1080 1620
1500	141	700 1050	246	900 1250	278 (111)	1260 1890	1260 1890	1260 1890
2000	188	800 1200	398	1200 1600	370 (148)	1440 2160	1440 2160	1440 2160
2500	235	900 1350	550	1500 1950	462,5 (185)	1620 2430	1620 2430	1620 2430
3000	282	1000 1500	702	1800 2300	555 (222)	1800 2700	1800 2700	1800 2700
4000	376	1000 1500	796	1800 2300	740 (296)	1800 2700	2200 3300	2200 3300
5000	470	1000 1500	890	1800 2300	925 (370)	1800 2700	2600 3900	2600 3900

- 1) Untergrenze zweite Säule 1000 Fr.
- 2) Gesamtbeitrag und in Klammern der Arbeitnehmeranteil (2/5).
- 3) Beiträge von 18,5% hatten (Stand der Tabelle: 1975) eine allgemeine Erhöhung der Rente um 80% ermöglicht.
- 4) Schematische Aufstellung nach einer abgewandelten einfachen Rentenskala mit der Formel «Mindestrente 600.- Fr. + 40% des Monateinkommens» (Ehepaarrente wie bisher 150% der Einzelrente).

Die Aufstellung zeigt, dass das Alternativprojekt gerade bei den mittleren Einkommen weit überlegen ist. Bei den unteren Einkommen fällt der erhöhte Arbeitgeberanteil positiv ins Gewicht.

Das Konzept der Zweiten Säule ist ein legitimes Kind der kapitalistischen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung. Eine Alternative dazu bringt keinen Sozialismus. Sie bietet aber den Arbeitnehmern in einer kapitalistischen Wirtschaft mehr, denn die privatwirtschaftliche Zweite Säule, damit auch das ganze Drei-Säulen-System der Altersvorsorge, ist notwendigerweise teurer und nur für Arbeitgeber, Banken und Versicherungen günstiger als eine zentrale, vollaussgebauten AHV/IV. Das sehen gerade rechtskonservative Kapitalvertreter als die grosse Gefahr (Landis & Gyr-Brunner u. a., s. «das Konzept», Juni 77, S. 2), während Banken und Versicherungen darauf vertrauen, dass ihre Lobby in den eigenössischen Räten sich auch dann durchsetzen können, wenn die Lohnabhängigen bemerken, dass sie im Grunde betrogen werden, dass sie unzweckmässig viel für

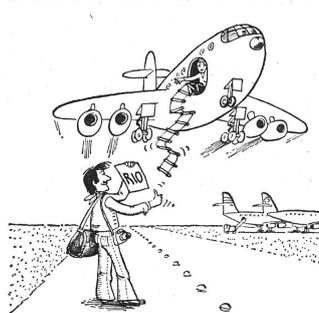


gesundheit

► Im Zusammenhang mit dem Bau der ersten Atombomben sind in den USA zwischen 1945 und 1947 an 18 Personen zwischen 4 und 50 Jahren Injektionen von radioaktivem Plutonium vorgenommen worden. Dies bestätigte die Energieforschungsbehörde ERDA. Die im Rahmen des Geheimprojekts «Manhattan» verabreichten Dosen reichten bis zum 14fachen der krebsauslösenden Dosis. Alle 18 Versuchspersonen galten damals als unheilbar krank. Drei leben jedoch noch heute.

► Andere Versuchskaninchen: Die Blutspender in der 3. Welt. Die multinationalen Chemiekonzerne betreiben einen ausbeuterischen Handel mit Blut, erklärt der argentinische Arzt und WHO-Experte Antonio Pesci Bourrel. «Die Industriestaaten kaufen in den unterentwickelten Ländern den Rohstoff zu einem lächerlichen Preis und exportieren zu hohen Preisen die daraus abgeleiteten Produkte», kritisiert er.

Mittel- und Südamerika im Jugend-Tarif. Die «Sonnenroute» ist am günstigsten!



Fliegen Sie mit AIR BAHAMA im Linienflug von Luxemburg nach Nassau, der Drehscheibe des Luftverkehrs im karibischen Raum. Günstige Anschlussflüge in die Südstaaten der USA, nach Mittel- und Südamerika erwarten Sie. Auf der Sonnenroute erreichen Sie Ihr Ziel, auch inklusive Anschlussflug, zu einem sensationell niedrigen Preis. Unsere Super DC-8 Jets fliegen mehrmals wöchentlich ab Luxemburg (bequem mit TEE-Zug zu erreichen) nach Nassau. Übrigens schon seit 10 Jahren.

Jugendtarif

- vom 12. bis zum vollendeten 25. Altersjahr
- 60 Tage Aufenthalt
- keine Wochenend-Zuschläge, Flugtermin frei nach Ihrer Wahl
- 30 kg Freigeepäck, Kurzaufenthalt auf den Bahamas möglich (see more, pay less!)

Luxemburg – Nassau (retour)

Nassau 949.-

ab Fr.

Verfügen Sie also Ihr Geld nicht über dem Atlantik. Fliegen Sie mit AIR BAHAMA! Dann haben Sie es «drüben» noch.

Coupon Ich möchte unverbindlich Unterlagen über Ihren Jugend-Tarif.

Voraussichtlicher Reisetermin: _____

Mein Reiseziel heisst: _____

Name: _____ Vorname: _____

Adresse: _____ PLZ, Ort: _____

AIR BAHAMA, Limmatquai 4, 8024 Zürich • Hardstrasse 45, 4002 Basel

Zürich 01/32 94 13
Basel 061/42 66 44
Genf 022/31 43 35

AIR BAHAMA

Fortsetzung von Seite 1

in bestimmten Fällen Bedingung ist, Schwangerschaftsabbruch nur mit gleichzeitiger Unterbindung. Das ist in jedem Fall Erpressung!

Ein strengerer Wind weht bereits an der zweiten kantonalen Frauenklinik, in Winterthur. Als Chefarzt herrscht dort Prof. Erich Glatthaar, der als erkonzernativ gilt. «Der Chef verlangt, dass Frauen mit langem Wunsch, die über 30 sind und schon zwei Kinder haben, gleichzeitig auch sterilisiert werden.» So werden neue Assistenzärzte in Winterthur instruiert.

Von anderer Seite wird das als «Hauspolitik» Glatthaars bestätigt. Fikantenweise kennt man gleichgültige Fälle aus der Privatpraxis des selben Herrn Glatthaar, die dann offen-



MULTI-PACK (MEDIZINISCH EMPFOHLEN!)

Aufruf an alle Frauen

die selber schon eine solche oder ähnliche Situation erlebt haben: Teilt uns Euer Erlebnis mit! Wir können mehr gegen solche Praktiken unternehmen, wenn wir mehr Kenntnis über konkrete Fälle haben. Wir möchten möglichst viele Erlebnisberichte - auch generell zur Behandlung bei Frauenärztinnen - in einem späteren Heft veröffentlichen, selbstverständlich unter absoluter Diskretion. Schreibt an

Annemette Frei, c/o Lerserzeitung, 8022 Zürich.

sichtlich nicht mit einer Unterbindung verknüpft wurden. Möglicherweise gibt es da zwei verschiedene Eilen, eine private und eine öffentliche; der Unterschied in der Skala wäre dann auch ein finanzieller.

Wir stöberten Prof. Glatthaar am Gynäkologiekongress in Lugano und wollten ihn dazu Stellung nehmen lassen. Als er erfürh, um welche Zeitung es sich handle, winkte er barsch ab: «Nein, dem Konzept gebe ich kein Interview - danke.» Sprach's und hängte ab.

Das die Erhältlichkeit einer Abtreibung letztlich nur ein finanzielles Problem ist, gibt auch Paul Morf zu. «Eine Frau, die abtreiben will, kann das heute in jedem Fall. Sie muss nur Geld haben. Es gibt in Zürich genug Ärzte, die davon leben. Und gut leben. Mit dem verdient mancher seine 1,5 Millionen im Jahr. Und da drückt natürlich auch keiner auf eine Ster. Aber eine Frau, die nicht so viel Geld hat, muss immer grosse Demütigungen auf sich nehmen. Das ist ungerecht, darum bin ich auch für die Fristenlösung.»

Abtreibung und Familienplanung trennen!

Es geht hier nicht um Kopf- oder Klinikjägeri. Ob nun da oder dort mehr oder weniger Druck angewendet wird, offen oder versteckt, ist letztlich unerheblich. Es geht um Grundsätzlicheres.

Peter Frei, praktizierender Arzt, der sowohl in der Abtreibungs- wie in der Sterilisationsfrage einen verständnisvollen Standpunkt einnimmt, drückt das so aus:

«Man darf nie die Notsituation und die Schuldgefühle einer abtreibungswilligen Frau dazu ausnutzen, um daraus Kapital für eine Unterbindung zu schlagen. Der Entscheid über einen Eingriff von solcher Tragweite darf nicht in einer Drucksituation gefasst werden. Das ist Missbrauch. Eine unerwünschte Schwangerschaft ist in jedem Fall eine Drucksituation. Sogar ein Sterilisationswunsch, der während einer unerwünschten Schwangerschaft erstmals zustande kommt, darf nur selten ernst genommen werden, weil er nach meinem Erachten einem Sühnebedürfnis und nicht einem realen Bedürfnis entspringt. Die Frage muss nach dem Abbruch, ohne Druck, nochmals geklärt werden.»

Spendeaufwurf «Lieber Herr Doktor» Noch 40 000 Franken

unserer Filmkosten sind ungedeckt. Und das Eidgenössische Departement des Innern hat unsere Filmpflichtengesuche noch nicht einmal beantwortet. Wir lassen uns aber nicht schubladieren, sondern arbeiten mit unserem Film so viel und so oft wie möglich. Unterstützen Sie uns, indem Sie den Film für 100 Franken mieten oder

Spenden an: Filmkollektiv Zürich AG Schwangerschaftsabbruch Postcheckkonto: 80-885

«Da habe ich unterzeichnet - und so ist das ganze Zeug passiert»

Eine Frau erzählt vor der Kamera, wie ihr eine Sterilisation aufgenötigt wurde. (Im Film «Lieber Herr Doktor»)

«Zwei-, drei- viermal war ich oben, also mindestens viermal, und schwatzte mit diesem Psychiater und erzählte ihm meine ganze Situation. Ich erzählte ihm, dass ich Probleme hätte mit meinem Mann, finanzielle Probleme, Probleme mit meiner Tochter, dass ich das nicht noch einmal möchte, noch einmal ein Kind auf die Welt stellen, rein egoistisch. Einfach, das ich noch einmal ein Kind habe. Also lieber darauf verzichten und abwarten, wie die Situation später wird. Der Psychiater sagte, er sehe das ein und finde das auch, und wenn solche Probleme da sind, sollte man es nicht machen. Er rief auch den Chef-Psychiater, welcher zweimal mit mir sprach. Das erste Mal konnte sofort eine Unterbindung machen, also die Abtreibung und gerade eine Unterbindung. Ich sagte, ich habe mir das noch nie überlegt, das sei mir sehr neu, aber ich möchte es das nächste Mal sagen. Als ich das zweite Mal hinaufging sagte ich, für mich kommt das überhaupt nicht in Frage, ich hätte mir das richtig überlegt. Denn die Situation ist jetzt so, dass ich das Kind nicht haben möchte, und das sei stark überlegt von mir, und ich hätte alles erklärt, aus welchen Gründen ich das Kind nicht wollte, und ich wollte keine Sterilisation. Und er sagte, es sei in Ordnung, er hätte mir das nur so sagen wollen, weil diese Möglichkeit besteht.»

das ist doch schon besprochen. Er sagte, ja, aber Sie müssen sich sterilisieren lassen. Ich erwiderte, das will ich aber gar nicht, das hätte ich schon in der psychiatrischen Klinik gesagt, dass ich einfach jetzt das Kind nicht haben möchte. Da sagte er: Er könne es nicht verantworten, dass ich eventuell alle Jahre hierher kommen würde, und er müsste dann die Kinder abtreiben. Und er sagte: Ja, wenn Sie heute nicht fähig sind, ein Kind zu haben, dann werden Sie auch später nicht fähig sein, ein Kind zu bekommen. Da bin ich sehr erschrocken und widersprach und weinte und rannte in die Telefonkabine. Dort rief ich Freunden an und fragte sie, und erzählte ihnen die Geschichte. Sie sagten mir, es sei jetzt zu spät, um nach England oder nach Holland zu gehen, es sei einfach zu spät. Ich war schon im dritten Monat, ich glaube sogar, Ende dritter Monat. Da war ich noch trauriger, rief meinem Ehemann an und sagte es ihm. Und er sagte mir: Mach was du willst.

Dann ging ich zurück, war sehr traurig, wusste nicht, was machen. Es kam eine Krankenschwester zu mir, sie fragte mich, was mir los sei, und ich erzählte es ihr. Dann gab sie mir eine Beruhigungsspritze und sagte mir, ich könne noch bis morgen überlegen.

Am andern Tag, als sie kamen, habe ich mich während der Nacht etwas abgefunden, und ich war ja auch etwas ruhiger, wegen der Beruhigungsspritze. Und ich war schliesslich einverstanden und unterschrieb den Zettel, auf dem geschrieben stand: Ich, Frau Franziska Bucher, bestimme so und so, falls gegen 15 Uhr, erhältlich. «das Konzept», Rämistr. 66, 8001 Zürich.

so ist das ganze Zeug passiert. Und der Arzt, welcher mich auf dem Wagen hineingesetzt hat, mit dem habe ich noch etwas geredet, also ganz mühsam. Ich weiss, dass ich sagte, ich würde es so machen wie Schweinerei finden, was die machen mit mir. Und er sagte so halb ja, er finde das auch, aber ich müsse die Situation des Chefarztes auch einsehen. Und dann ist es einfach passiert. Und als ich aufwachte, hatte ich einen sehr grossen Hass auf den Chefarzt.

Ich war sehr traurig, und als ich aus dem Spital kam auch, und ich konnte dann zu meinen Freunden gehen, konnte mit ihnen sprechen, aber das Gefühl, das ich jetzt keine Kinder mehr kriegen, war schon in mir drin, und dann fing ich mit den Leuten an zu reden und sagte mir immer, ich will kein Kind mehr, es ist gut so, ich will kein Kind mehr. Ich schwatze das immer in mich hinein, oder? Jetzt, glaube ich, auch noch.»

«das Konzept» hat im Februar und März 1975 Berichte von Schweizer Frauen abgefordert, die abtreiben haben. Die Reportagen sind ergänzt mit praktischen Hinweisen über Empfängnisverhütung, wobei auch das Problem der Sterilisation mit Erfahrungsberichten dokumentiert wird. Da die Nummern vergriffen sind, wurde ein Sonderdruck angefertigt, der gegen 1.50 Fr. in Briekarten bei der Redaktion erhältlich ist. (Sonderdruck «Abtreibungsreportagen»)

In der Märznummer 1977 wurde die Diskussion im Glarner Dorf Ennenda zum Thema Abtreibung abgedruckt, welche im Film «Lieber Herr Doktor» gezeigt wird. Ebenfalls gegen 1.50 Fr. erhältlich. «das Konzept», Rämistr. 66, 8001 Zürich.

bringen, denn unter die Leute müsse man seine Ideen ja bringen, wenn man etwas verändern wolle, und überhaupt doch gerade darin, das bestehende kapitalistische Produktions- und Konsumtionssystem mit seinen eigenen Waffen zu schlagen. Aber diese Rechnung geht nicht auf. Wenn nämlich einige Firmen politische Aufnahmen in ihr Sortiment aufnehmen, so vor allem deshalb, um mit diesen eine ganz bestimmte Käuferschicht anzusprechen, eine Käuferschicht, die sonst wohl kaum Platten dazu würde. So zählen für diese Platten dann eben genau diejenigen, welche sich gegen diese Platten aussprechen, und auf der anderen Seite kassieren nicht zuletzt jene, die gegen diesen Profit polemisieren.

Aber nicht nur Wolf Biermann hat sich in ein Netz von Widersprüchen verstrickt. Auch der «Linkswalzer» Franz Josef Degenhardt, dessen letzte Platte «Wildledermantelmann» (Polydor 2371 728) im Frühling dieses Jahres herausgekommen ist, scheint mit den bestehenden Verhältnissen, die er in seinen Liedern so gerne kritisiert, recht zufrieden zu sein. Seine Platte ist zwar lobenswert, sorgfältig ausgearbeitet, dafür scheint sich Degenhardt bei seinen Auftritten mehr oder weniger damit zu begnügen, schon durch seine Präsenz

den Plattenabsatz - das Album wird natürlich während der Pausen verkauft günstig zu beeinflussen. In diesem Punkt muss man es Wolf Biermann hoch anrechnen, dass er sich wenigstens während seiner Konzerte vorbehaltlos für seine Sache einsetzt.

Wie gut sich sein einziger Zeit aber auch unveränderlich weltverbessererische Phantasien verkaufen lassen, beweist Udo Lindenberg. Denn auch er bemüht sich seit seiner Platte «Sister King Kong» (Telefunken 6.22609) krampfhaft, gesellschaftskritisch zu sein. Mögen seine diesbezüglichen Beteuerungen noch so ehrlich gemeint sein, sein hampelhaftes Gebabbe wirkt höchstens komisch.

Ist das alles Ausdruck eines politischen Pluralismus? - Es ist wohl eher die Folge eines ökonomischen «divide et impera». Jede Produktion ist nur auf ein ganz genau umrissenes Zielpublikum angelegt. Man unternehme nur einmal die Mühe, sich selektierende Aufmachung der verschiedenen Plattenhüllen! Dadurch wird jede Breitenwirkung schon von vornherein ausgeschlossen. Unverständlich bleibt nur die Selbstverständlichkeit, mit der Udo Lindenberg, vor allem aber Franz Josef Degenhardt und Wolf Biermann alle diese Widersprüche akzeptieren, ohne dadurch an Glaubwürdigkeit verlieren zu wollen... eg

Unser Briefkasten für Ahnungslose

Lieber Onkel Adolar!

Sie haben, im Verein mit dem Bundesrat, völlig recht, Frau S. V. in d. A. Die Besetzungsfaktion der A-Werk-Gegner in Gösigen hat nichts mit der Verteidigung demokratischer Rechte zu tun. Im Zusammenhang mit Atom-Anlagen hat das Volk aber gar keine demokratischen Rechte, infolgedessen gibt es auch keine solchen zu verteidigen. Hingegen gilt es, den Rechtsstaat mit allen Mit-

teilen, auch chemischen, zu verteidigen. Es entspricht gutschweizerischer Tradition, dass Argumente, die mit amtlicher Bildung in genügende Mengen Beton gegossen werden, automatisch zum schützenswerten Rechts-Gut gehören. Im übrigen verweise ich Sie auf das Communiqué der Schweizerischen Vereinigung für Atomenergie (SVA) in der NZZ vom 1. 7. 77.

Nein, liebe Frau F. B. in B. die allererste Feministin war nicht jene Französin im vorigen Jahrhundert, die sich den Männernamen Georges Sand zugelegt hat, sondern die legendäre Jungfer Maria im Jahre Null um Christus. Sie ist im übrigen bis heute die einzige geblieben, die eine Kindeszeugung ganz ohne Mann zustande gebracht haben soll.

das Konzept Tip

In dieser Spalte stellt die Redaktion lesenswerte Publikationen ausserhalb der kommerziellen Produktion vor.

«Fraue-Zitig» Nr. 7

In der Nummer April-Juni 77 berichtet die FBB-Frauen über ihre Informationsstellen «infra» und über Erfahrungen mit Verhütungsmitteln. Über das, was sie jeden Tag ändern Frauen «raten», wollen die Zeitungsmacherinnen einmal selbst nachdenken, miteinander diskutieren, ändern durch Schreiben wieder mitteilen. Die «Fraue-Zitig» Nr. 7 ist im Frauenbuchladen an der Stockerstrasse 37, 8002 Zürich, und in den meisten kritischen Buchhandlungen zu haben. Abonnementbestellungen (1 Jahr = vier Nummern für 12 Franken) an Angela Koller, Spitalgasse 8, 8001 Zürich.

Uri - Land ohne Zukunft?

Die «Auswanderung» von arbeitssuchenden jungen Urnern ist das Thema der Titelgeschichte in der 25. Nummer (Mai/Juni 77) der andern Urner Zeitung «Alternativen». Daneben berichtet das Urner Redaktionskollektiv über allgemein politische Themen wie Mehrwertsteuer und Proporzwahlssystem und nimmt das Urner Schul-, das Gesundheits- und das Medienwesen kritisch unter die Lupe. Die «Alternativen», Postfach 201, 6460 Altdorf, erscheint alle zwei Monate und kostet 2 Franken pro Nummer.

Zur Plutonium-Ökonomie

In der Reihe «Politische Ökologie, Materialien zu Umwelt und Gesellschaft» des Association-Verlags hat Holger Strohm eine Broschüre über schnelle Brüter und Wiederaufbereitungsanlagen herausgegeben. Strohm, der sich u. a. durch die Herausgabe von Lehrmitteln zum Thema Umweltschutz unter fortschrittlichen Ökologen und umweltbewussten Pädagogen einen

D Fuscht im Sagg (E. B.)

Refr. Nai, so gwinnisch ne gäge di Gägner, di Läbe hingäge-n-isch noch sim Gschmagg. Während er härmig ins Füschtli lacht, machsch du d Fuscht im Sagg.

(...) Du hesch dr Easy Rider gseh, sammt Woodstock und Zabrizke Point, und ab und zu noch ein LSD, und mit Kollege rausch di Joint. (...) Ernährsch di vo däm Schyssyschem wo sich Lyt wie di ernährt. Und wär sich wehrt, da findsch extrem, da isch dir nu e Lächle wärt.

die guete stunge (M. H.)

(...) was zeut, das sy die guete stunge wo mir us wehre für ne wäut, wo's no nid git wo mir nid ufgh, bis der wäg isch gfunge zu user wäut, zu user zyt

Namen gemacht hat, versucht auch mit dieser Sammlung von Aufsätzen ein Problembewusstsein zu vermitteln, das jedes Fachidiotentum ausschliesst. Der Band enthält Schriften von George Wald, Max Thürkuf, Reinhard Breuer, David Rosenbaum... Lesen Sie nach, wie rasch es mit dem schnellen Brüter einer «strahlenden Zukunft» entgegen-

«Segantini - ein verlorenes Paradies?»

Der Katalog zu der ursprünglich zensurierter Ausstellung ist erschienen! Und zwar als erste Nummer der neuen GKEW-Schriftenreihe «kulturarbeit». Nachdem die Ausstellung von der Kulturstiftung Landis + Gyr zensuriert worden war, konnte sie im Herbst 1976 in der Roten Fabrik in Zürich gezeigt werden und wandert nun durch die Schweiz. Der Katalog enthält die gesamte Ausstellung; alle Texte und alle Bilder: Segantini wird auf neue Art interpretiert - der Künstler des vorigen Jahrhunderts wird in Zusammenhang gebracht mit Problemen, die über den Bereich der Kunst hinausreichen. In einem Pressespiegel wird die brisante Vorgeschichte der Ausstellung dokumentiert und die öffentliche Auseinandersetzung in der Schweizer Presse wiedergegeben.

«Segantini - ein verlorenes Paradies?», von Irma Novsela und Bernhard Wiebel, Vorwort von Fritz Bütler. Band 1 der Schriftenreihe «Kulturarbeit» der Gewerkschaft Kultur, Erziehung und Wissenschaft, Zürich, 1977, 104 Seiten, 150 Abbildungen, 14 Fr. ISBN 3-7183-0001-X

BESTELLTALON

Ich bestelle ... Exemplare «Segantini - ein verlorenes Paradies?» zum Preis von 14 Fr. + Versandkosten

Name: _____ Vorname: _____ Adresse: _____ PLZ/Ort: _____ Datum: _____ Unterschrift: _____ Einsenden an GKEW, Postfach 725, 8022 Zürich

«Wehre für ne Wäut, wo's no nid git»

In der Juni-Nummer des «konzept» ist ein ausgesprochen zukunfts pessimistischer Druckfehlerheftel subversiv tätig gewesen: Ernst Born und Martin Heimgger besingen in ihren neuen LPs - «Äntle & Lied» bzw. «es schysst mir ab - eine Welt, die es noch nicht gibt und für die man folglich kämpfen muss. Unser Satz nihilist machte aus dieser noch nicht wirklichen Welt schlichtweg eine nicht existierende - und damit alle lächerlich, die sich auf irgendeine Art dafür einsetzen. Also, wir müssen uns weiterhin wehre für ne Wäut, wo's no nid git!»

echo

Die Vermarktung wohlklingender Gesellschaftskritik

Biermann-Interview, «konzept» Nr. 6/77

Es scheint unverständlich und wurde Wolf Biermann auch schon immer angekreidet, dass ausgerechnet seine Platten von Medienkonzern CBS produziert werden. Die Erklärung ist einfach: Gesellschaftskritische Liedermacher lässt sich recht gut vermarkten. Die «Gunst der Stunde» nutzend, brachte CBS auch recht Biermanns «Ausweisung aus der DDR auch das Doppelalbum «Das geht sein» sozialistischen Gang» (CBS 88 224) mit einem Live-Mitschnitt des Kölner Konzerts vom 19. November 1976 auf den Markt. Die Frage ist nur, ob das Interesse an politischen Schallplatten einem ebenso grossen Interesse an den tatsächlichen politischen Problemen entspricht. Man mag einwenden, es sei doch nicht verwerflich, anspruchsvolle Produktionen unter die Leute zu

vdf verlag der fachvereine an den schweizerischen hochschulen u. techniken. NEUERSCHEINUNGEN. Urphänomene der Architektur ORTE WEGE BEGRENZUNGEN FELDER. Herausgegeben von Prof. F. Oswald. 4 Bde epl., Fr. 52.-- Genossenschaftler Fr. 27.-- Berichte des Instituts für Hochbautechnik an der ETH Zürich. Berichte 1,2,3,4 und 5 sind bereits erschienen. Verlangen Sie den ausführlichen Prospekt. BHAKTAPUR: Mittelalterliche Stadt in Nepal von A.Künzle und G.Scheibler Fr. 32.-- Genossenschaftler Fr. 23.-- Evaluierungsforschung und -praxis in der Entwicklungshilfe. Herausgegeben von Prof. Dr. D. Kantowsky Herbst 1977 ca. Fr. 22.-- Genossenschaftler sind Studenten der ETH, Uni Basel, Bern, Zürich sowie der Techniken Brugg-Wändisch, Burgdorf, Luzern, Muttenz und Winterthur. ETH-ZENTRUM (HG F18.1) 8092 ZÜRICH 47 99 85

Das Nord-Süd-Gefälle im Informationswesen

Spiel ohne Grenzen für die Kommunikationskolonien

Die Entkolonialisierungsprozesse in diesem Jahrhundert verlaufen notwendigerweise zäh. Die politische Unabhängigkeit der ehemaligen Kolonien löst nicht deren wirtschaftliche Verflechtungen mit den an ihnen reich gewordenen «entwickelten» Ländern. Auf wirtschaftlichem Gebiet ist das Nord-Süd-Gefälle trotz Konferenzen und Gesprächen an runden Tischen verheerend. Mit der Ware «Nachricht» verhält es sich nicht anders. Auch da nutzen die industrialisierten Länder ihren relativ hohen Bildungsstandard, die technische und wirtschaftliche Potenz dazu, in ihrer Sprache und mit ihren eigenen Normen und Werten, mit ihrem Kultursystem, mit ihrem Lebensstil – nicht

zuletzt in ihrem wirtschaftlichen und politischen Interesse – die Nationen der dritten Welt zu beliefern: mit ganzen Fernsehprogrammen, die von den Entwicklungsländern des günstigen Einkaufspreises wegen teils übernommen werden, mit Nachrichten (von den Riesenagenturen) aus aller Welt – aber kaum mit Informationen aus ihrem eigenen Dorf, ihrem oder einem benachbarten Land. Diese Informationsstruktur mündet nicht nur in eine Einbahnstrasse, wie Journalisten aus aller Welt auch dieses Jahr an einer Informationskonferenz in Florenz sich zugestanden, sie ist eine Sackgasse für alle Beteiligten.

Liselotte Suter

«Von über 99 Prozent allen Geschehens erfährt der Zeitungsläser nichts, weil es nicht zur Kenntnis der Presse gelangt. Über 99 Prozent aller Nachrichten, die der Presse bekannt werden, gelangen nie vor die Augen des Lesers. Über 99 Prozent aller Menschen erfahren auch von den tatsächlich gedruckten Nachrichten nichts, denn niemand liest alle oder auch nur den grösseren Teil der Zeitungen.» Diesem pointierten Zitat eines Medienwissenschaftlers mag die anderen Medienwissenschaftler, und auch Medienpraktiker, dazu bringen, die durch Medien vermittelte «zweite» Wirklichkeit etwas zu relativieren. Längst nicht alles Wichtige, was auf der Welt passiert, wird in der Berichterstattung der Medien bearbeitet und der kleinste Teil der Menschheit hat Zugang zu diesen Informationen. Aber auch das eine, das zehntel oder hundertstel Prozent, das im letzten Nachrichtenfilter hängenbleibt, bedeutet Macht, technische, wirtschaftliche, politische Macht auf nationaler und internationaler Ebene.

100:1 für den Westen

Und diese Macht ist ungleich verteilt. Wie sie zu nutzen ist, entscheiden immer mehr die Länder, die am besten ausgerüstet sind, um die Nachrichten zu machen, zu klassieren und weiterzugeben. Allgemein sind es die westlichen Medien – Presse, Rundfunk, Fernsehen, Film, Verlagswesen usw. – welche die Welt der Nachrichten und ihrer Verbreitung beherrschen. Eine erdrückende Fülle von Informationen konzentriert sich auf die am höchsten entwickelten Länder. Die Länder der Entwicklungsländer verfügt nicht über ein eigenes Kommunikationssystem, hat zu wenig Technik, zu wenig Fachleute und spielt so im internationalen Nachrichtenverkehr eine unbedeutende «aktive» Rolle. Die dritte Welt, wo ein Grossteil der Weltbevölkerung lebt, erhält aus dem Westen etwa einhundertmal mehr Nachrichten, als sie ihm liefert. Die dritte Welt wird also sozusagen in die Rolle des stummen Verbrauchers gedrängt. Informationskolonialistische Zustände.

Mit jedem neuen Fortschritt, mit Satellitenübertragungen beispielsweise, wird diese Abhängigkeit deutlicher: «Ob die Entwicklungsländer von den Satelliten Gebrauch machen können, hängt vom Willen derer ab, die diese fortschrittliche Technologie besitzen ... mit deren Hilfe auf der wirtschaftlichen und sozialen Ebene der Entwicklungsländer entscheidenden Einfluss nehmen», wurde an der Tagung der Blockfreien über das Nachrichtenwesen 1976 in Tunis festgehalten.

Dass es sich gerade beim Fall der Satellitennutzung nicht um ein technisches, sondern um ein politisches Problem handelt, scheint auch bei Technikoptimisten langsam zu dämmern; allerdings zerstreuen viele ihre Bedenken noch durch die Hoffnung auf die Verantwortung der Satellitenbesitzer – zum Beispiel auf die USA, die als erste die Nachrichtensatelliten entwickelt hat – oder auf Grundsätze und Übereinkommen über eine internationale Sendee- und Empfangsfreiheit. «Andernfalls würde der von den Industriestaaten ausgehende Strom von Nachrichten weiterhin die Entwicklungsländer überfluten, und die Entwicklung eines bewanderten Übertragungsmechanismus könnte dann nur ein weiteres Mal die Spaltung unseres kleingewordenen Planeten aufzeigen und den Graben zwischen Reich und Arm vertiefen», meint William G. Harley in seinem Aufsatz «Ein amerikanscher Gesichtspunkt».

Verbreitung von Nachrichten ...

Aber was soll ein Plädoyer für eine Informationsfreiheit mit so ungleichen Chancen? Zwar wurden nach dem 2. Weltkrieg in vielen Entwicklungsländern nationale Agenturen gegründet. 1966 zählte man in 82 Ländern bereits 160 Agenturen, 1950 waren es nur 96 Agenturen in 54 Ländern. Aber die internationale Szene wird nach wie vor von fünf Riesenagenturen aus vier der am stärksten industrialisierten Nationen der Welt beherrscht.

Die Wirkung dieser Dominanz kann an einem einzigen Beispiel verdeutlicht werden: Am 25. November 1975 wurde Surinam, vormals Holländisch-Guyana,

unabhängig. Vom 24. bis 27. November widmeten 16 führende Tageszeitungen in 13 lateinamerikanischen Ländern diesem Ereignis nur 3 Prozent ihres Auslandsleits, und diese 3 Prozent stammten ausschliesslich von den internationalen Nachrichtenagenturen der Industriestaaten. Dies, obschon Surinam der drittgrösste Bauxitlieferant der Welt ist und seine Fläche grösser als zum Beispiel die des riesigen politischen Zeitraums betragen 70 Prozent der Auslandsnachrichten dieser Zeitungen die Industrieländer, und wieder stammten vier Fünftel davon aus den Fernsehern der gleichen internationalen Nachrichtenagenturen.

... ist auch Verbreitung von Kultur, Sprache

In diesem Informationsfluss vom (industrialisierten) Zentrum zu den «Randgebieten» der Massenkommunikation werden nicht nur Nachrichten verbreitet bzw. unterdrückt, sondern ganze kulturelle Massstäbe, sogar Sprachen: Sprachen in bereits herrschender Stellung werden zu Verkehrssprachen. So ist das Englische heute die Hauptsprache im internationalen Rundfunkverkehr, nicht so sehr, weil so viele diese Sprache beherrschen, sondern weil Grossbritannien, die Vereinigten Staaten und Australien schon in der Vergangenheit den Äther beherrschten. Sendungen in den National- und erst recht in den Stammes- und Gruppensprachen wären zu teuer, das technische Personal, das sich ausfinden lässt, fehlt.

Weltmarkt der TV-Programme

Vor zwei Jahrzehnten, beim Aufkommen des Fernsehens, glaubte man noch daran, die Sprachschwierigkeiten durch Bildübertragung überbrücken zu können. Man übersah dabei, dass bei den audiovisuellen Medien der Zusammenstoss der verschiedenen Wahrnehmungswelt- und Erlebnisweisen noch heftiger war. Zwar kann die Bildsprache des Fernsehens schnell so weit gelernt werden, dass die Sendungen attraktiv scheinen: Es ist eine neue sehr unmittelbare wirkende Welt, die gerade mit dem filmischen Medium in die «andere» Kultur eintritt, und zwar oft total. Bis zu 100 Prozent übernehmen die Entwicklungsländer die Programme der «reichen» Länder.

Der Anteil der vom Ausland importierten Fernsehsendungen an der nationalen Gesamtprogrammgestaltung ist für die armen Länder eine Geldfrage. Es ist, anders für ein kleines Land,

Fernsehprogramm «made in»

Sehr stark auf die Belieferung mit ausländischen Sendeprogrammen angewiesen sind folgende Länder: Saudi-Arabien (Sender von Aramco: 100 Prozent; Sender von Rijad: 31 Prozent); Guatemala: 84 Prozent; Singapur: 78 Prozent; Neuseeland: 75 Prozent; Malaysia: 71 Prozent; Island: 67 Prozent; Sambia: 64 Prozent; Nigeria: 63 Prozent; Uruguay: 62 Prozent; Australien und Jemen: 57 Prozent; Kuwait, Chile und Israel: 55 Prozent; Irland: 54 Prozent; Irak: 52 Prozent; Dominikanische Republik: 50 Prozent; Kanada RC: 46 Prozent; Bulgarien: 45 Prozent; Ägypten: 41 Prozent; Ungarn und Finnland: 40 Prozent; Mexiko (Telesistema) und Norwegen: 39 Prozent; Pakistan und Portugal: 35 Prozent; Kolumbien: 34 Prozent.

billiger, seine Sendezeiten mit anderswo gekauften Programmen aufzufüllen. Ein mit einem Kostenaufwand von 100 000 Dollar produziertes Programm kann beispielsweise von einem kleinen Land für 500 Dollar erworben werden, da der Preis nach der Zahl der im Importland vorhandenen Fernsehapparate festgesetzt wird.

Allein die USA verkaufen pro Jahr zwischen 100 000 und 200 000 Programmstunden an ausländische Fernsehsender. Der zweitgrösste Programmliedert ist Grossbritannien mit zwischen 20 000 und 30 000 Programmstunden pro Jahr, gefolgt von Frankreich mit 15 000 bis 20 000 und der BRD mit 5000 bis 6000.

Der ungeheure Einfluss dieser Programme und ihrer Produktionsnormen wurde noch dadurch verstärkt, dass die Entwicklungsländer für den Aufbau einer Filmindustrie oder zum Ausbau der Technik, die für ein Fernsehnetz erforderlich ist, auf die Industriestaaten angewiesen sind. Diese Abhängigkeit verzögert die Entwicklung eigener Medienprogramme in den Entwicklungsländern aller Arten. Es sind beispielsweise die internationalen Produktionsstandards, denen die noch jungen

Medien genügen wollen. Dass die immensen kostenintensiven Showproduktionen der westlichen Unterhaltungsagenturen oft auch für ein kleines Land noch zu teuer erkaufend sind, weil sie an den Bedürfnissen des eigenen Landes vorbeigehen, wird offenbar selten vertreten. Macht man im alten Stil weiter, indem man Luxusgüter – diesmal auch für die Massen – importiert?

Verstärkung des Nachrichtennetzes

Ein Ziel für die Entwicklungsländer ist bestimmt, sich selber, sich untereinander und zusammen stark zu machen, um bestehen zu können im internationalen Nachrichtenverkehr. Um mitprechen zu können, um Verzerrungen zu beheben in der internationalen Berichterstattung über ihre Länder. Eine Reihe von lockeren Zusammenschlüssen hat bereits stattgefunden: in den englischsprachigen karibischen Gebieten gibt es die «West Indies» Nachrichtenagentur CANA, im spanischsprachigen Mittelamerika gibt es eine allerdings unter dem Patronat der spanischen Nachrichtenagentur stehende Institution, und in Europa fungiert seit zwei Jahren die jugoslawische Agentur Tanjug als Sammel- und Verteilstelle der im «Pool» der Blockfreien angeschlossenen Länder.

Obwohl diese im Aufbau begriffenen Kommunikationssysteme bereits eine solche Funktionsfähigkeit erreicht haben, dass Fidel Castro – wie die «NZZ» mit verhaltener Empörung über diesen Angriff auf die weltweite Informationsfreiheit bemerkte – an einer Pressekonferenz in Afrika sämtliche westlichen Korrespondenten ausschliessen konnte, genügt dieser Wettstreit im

«Kassensturz» und Krisenangst

«...nicht vor der Kamera»

Wie mancher Beitrag aus der Arbeitswelt nicht zustande kam, schildert Peter M. Wettler, Redaktor im TV-«Kassensturz»-Team. Sein Bericht ist Bestandteil einer zweiseitigen kulturpolitischen Monatsbeilage «Schauplatz Schweiz», die von nun an regelmässig in neun sozialdemokratischen Zeitungen und einer Gewerkschaftszeitung erscheinen wird.

Mitunter erreichen uns eher unangenehme Mitteilungen. «Mein Name tut nichts zur Sache», heisst es zunächst. Und weiter: «Bei uns im Betrieb herrscht zurzeit eine gewaltige Sauererei. Sie müssen unbedingt einen «Kassensturz» darüber machen.»

«Gewaltige Sauerereien»

Die «gewaltigen Sauerereien» entpuppen sich in der Folge als Einschüchterungs- und Druckversuche, als Forderungen nach Mehrleistung, als Verweigerung der Auszahlung von 13 Monatslöhnen, Gratifikationen oder Abgangentschädigungen sowie als Ankündigungen von Entlassungen und Kurzarbeit, Zeit-Zeichen der Rezession also. Arbeitnehmer geraten zwischen Hammer und Amboss. Sie möchten sich dagegen wehren, wenigstens die erlittene Ungerechtigkeit anprangern. Aber: «Mein Name tut nichts zur Sache.» Im derzeitigen Klima von Unsicherheit und Angst will keiner etwas gesagt haben.

Im vergangenen Jahr hat die Kassensturz-Redaktion wenigstens ein Dutzend Fälle aus dem Bereich der Arbeitswelt recherchiert – aber Filme konnten nicht gemacht werden. Beileibe nicht etwa wegen Zensurmaassnahmen. Sondern in weitaus den meisten Fällen, weil die betroffenen Arbeiter keine begründeten Gründe – vor der Kamera nichts abzugeben wollten. Fernsehen lebt aber vom



Die Welt der Massenmedien wird immer «grösser» ...

Agenturjournalismus für die Entwicklungsländer (wie übrigens auch für die «Entwickelten») kaum. Die Peripherie im eigenen Land wird dadurch nicht erreicht, nicht informiert, nicht gebildet.

Alphabetisierung durch die Landpresse

Ein erfolgreiches Beispiel, wie die Leute im eigenen Land durch Medien im Sinne Freies eigentlich alphabetisiert werden können, sind die Landzeitungen Afrikas. Obwohl dort die Landbevölkerung 80 Prozent ausmacht und obwohl gegen 800 verschiedene Sprachen gesprochen werden, haben sich die Zeitungen, insbesondere die Landzeitungen, seit 1972 in ganz Afrika verbreitet. Da die Mehrheit der Zeitungen in den Sprachen der Gegend erscheint,

ist eine Verbindung mit der sonst recht abgesonderten Bevölkerung möglich. In Niger machen seit 1964 verschiedene Landzeitungen ihre ersten Erfahrungen. Sie erweisen sich als ein sehr wirksames Mittel zur Alphabetisierung; ihre Nachrichten werden sehr gründlich verbreitet, und die Reaktion der Leser ist gross: Auf fünf verteilte Zeitungen erhält die Redaktion einen Leserbrief zurück. Da vielleicht kann man von Kommunikation, vom Austausch und nicht einfach von Distribution der Information sprechen. «Während andere Länder auf dem Mond landen wollen, versuchen wir, bis zu unseren Dörfern zu gelangen», sagt der Präsident der Republik Tansania. Auch in den entwickelten Ländern ist die Euphorie der ersten Mondlandungen abgeklungen.

Liselotte Suter

Hebelarm, jetzt sind eben wir wieder dran.» Und er ergänzte: «Jetzt müssen Sie nur noch einen meiner ehemaligen Mitarbeiter finden, der Ihnen das bestätigt.» Es fand sich keiner. Ein anderer Unternehmer, diesmal aus der Baubranche, versammelte die Belegschaft und verkündete: «Wenn der «Kassensturz» einen Film über uns dreht, verkaufe ich das Geschäft.» Klar, dass uns die Belegschaft beschwor, das Projekt fallen zu lassen. «Lieber Lohnbussen in Kauf nehmen als stempeln», lautete das Hauptargument.

Ein Drucker wurde nach 30 Jahren treuen Diensten auf die Strasse gestellt. Er hatte sich – nachweislich – eine Berufskrankheit zugezogen und war deshalb nicht mehr voll arbeitsfähig. Befriedigt, dass ihm ein Weltbild zusammenbrach und dass er sich beim «Prinzipal» rächen wollte. Allein, er fand einen Monat später eine Stelle als Vertreter. Sein neuer Arbeitgeber drohte mit der fristlosen Entlassung, falls er im Kassensturz über seine frühere Stelle ausspaken würde. Verständlich, dass er verzichtete.

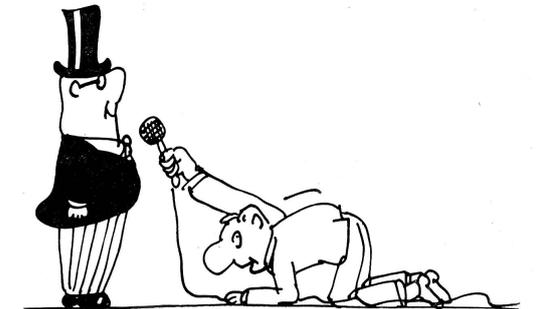
Schweigen aus Angst

Ein chemischer Betrieb entliess ein halbes Dutzend Mitarbeiter. Auf Anfrage erklärte der Direktor: «Wir haben nur Querulanten entlassen.» Auf die Frage, wie sich dieses Querulantenamt ausgedrückt habe, kam die Antwort spitzwundend: «Die Entlassenen haben wegen Überstunden reklamiert oder waren linke Brüder.» Auf Vorhaltungen unsererseits, dass seien doch keine Kündigungsgründe, wurde er unwillig und drohte, weitere Mitarbeiter zu entlassen, falls wir einen Film drehen würden. Und seinem Personal liess er mitteilen, dass er jeden als Querulanten betrachten müsse, der sich mit dem Kassensturz einlasse.

In den übrigen Fällen scheiterten die Filmbeiträge bevor die Direktion überhaupt von uns Wind bekam. Eben aus Furcht der Betroffenen, die Stelle zu verlieren, falls sie die angeordneten Massnahmen kritisierten. Auch von den Gewerkschafts-Sekretären war in solchen Fällen kaum Hilfe zu erwarten: «Ein Film über das Unternehmen würde die Lage noch mehr verschlechtern», hiess es etwa, «es würden also noch mehr Leute entlassen.»

Gewiss, der Unternehmer besitzt die Verfügungsgewalt über sein Eigentum und – über die Arbeitskräfte. Das ist die bittere Realität. Wo diese Verfügungsgewalt jedoch in Willkür und Schikane ausmündet, müsste die Öffentlichkeit darüber informiert werden können. Auswischte gilt es zu bekämpfen, bevor sie Schule machen und zur Gewohnheit werden. Der Arbeitnehmer hat ein Recht, als Mensch und nicht als Ware behandelt zu werden.

Peter M. Wettler



* Dieser Aufsatz ist der Aprilnummer des «Unesco-Kuriers» entnommen, der die weltweite Debatte über Information wiedergibt. Der vorliegende Artikel baut auf den im «Unesco-Kurier» enthaltenen Informationen über die internationale Massenkommunikation auf.

TAGES ANZEIGER MAGAZIN

85. Jahrgang Nr. 18 Auflage 250 000 Preis mit Magazin Fr. 1.- Zürich, Samstag, 22. Januar 1972

Tages Anzeiger MAGAZIN

Direktion: Zürich 4, Werdstrasse 21
Druck: PostAG, 8021 Zürich
Vertrieb: Abonnements: Telefon 01 25 30 30, Telex 25 156
Magazin: Telefon 01 25 30 30, Telex 25 156
Nachdruck 91 00 00, 2000 22 970 000 24 192

Anschreiber: Tel. 01 25 126, Fax 01
Abonnements: Tel. 01 25 126
Grundpreis für Anzeigen: Nur Tag und (7) Fr. 1.20
Sonntag: Fr. 2.20, Wochenende: Fr. 1.20
Standard (20 000/700) haben großen Text

Arrestbeschwerden mit mehr beim Obermattler
Liberaler Lösung setzt sich gegen den Widerstand der katholischen Kirche im Parlament durch
Türkische Kommunisten...

DER ZWEITE BILDUNGSWEG.

Er verschafft Ihnen Zugang zur russischen und chinesischen Aussenpolitik.

Er macht Ihnen klar, warum der neue amerikanische Präsident nicht mehr so oft lächelt wie während des Wahlkampfs.

Er öffnet Ihnen den Weg in die Welt der schwarzen und der roten Zahlen. Denn er berichtet Ihnen täglich über das wirtschaftliche Geschehen.

Er sagt Ihnen jeden Tag, wer gewonnen und wer verloren hat. Denn er widmet sich intensiv dem Sport.

Er verrät Ihnen schon am frühen Morgen, was Sie am Abend in Zürich alles verpassen könnten.

Er verhilft Ihnen zweimal pro Woche zu einem Job, der Ihnen das Geld bringt für Ihr Studium. Mit einem reichen Stellenangebot.

Er bringt Ihnen jeden Samstag ausführliche und gut fundierte Berichte aus Politik, Kultur und Wissenschaft. Mit seinem Magazin, in dem auch Leute wie Peter Bichsel, Hugo Loetscher und Jürg Federspiel zu Wort kommen.

Er kostet Sie pro Jahr, abzüglich 30 Prozent Studentenrabatt, Fr. 72.80. Einschreiben können Sie sich mit dem untenstehenden Coupon (kein Numerus clausus).

COUPON

Den Bildungsweg, der so vielseitiges Wissen mit 30 Prozent Rabatt vermittelt, möchte ich kennenlernen.

Schicken Sie mir bitte den Tages-Anzeiger 2 Wochen lang gratis.

Ich möchte den Tages-Anzeiger abonnieren. (Die ersten 2 Wochen sind gratis.)

Ich wünsche folgende Zahlungsart:

monatlich Fr. 6.45

vierteljährlich Fr. 18.55

halbjährlich Fr. 36.75

jährlich Fr. 72.80

Name: _____

Strasse: _____

PLZ, Ort: _____

Fakultät: _____

Semester: _____ 7410

Bitte ausschneiden und senden an:
Tages-Anzeiger, Vertrieb
Postfach, 8021 Zürich

WEIL MAN HEUTE SO VIEL WISSEN MUSS.